

DOSSIER

«Welcome to Germany V»

Zivilgesellschaftliches Engagement

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	3
Autor/innen.....	4
Einleitung	5
<i>von Carolin Wiedemann</i>	
Septembermärchen und vertane Chancen	10
<i>von Nina Scholz</i>	
„Das ist auch eine politische Mobilisierung“	16
<i>Manuela Bojadzjev im Gespräch mit Carolin Wiedemann</i>	
Geht doch! – Ehrenamtliche Initiativen in der Flüchtlingsarbeit.....	22
<i>von Stephan Dünnwald</i>	
"Nur Essen austeilen alleine reicht nicht".....	27
<i>Turgay Ulu und Bino Byansi Byakuleka im Gespräch mit Jan Ole Arps</i>	
Eine Schutznische für Geflüchtete.....	33
<i>von Hadija Haruna-Oelker</i>	
Refugees Welcome: Vom antirassistischen Slogan zum Sommermärchen	39
<i>von Christoph Twickel</i>	
Impressum	46

Vorwort

„Welcome to Germany“ – eine Dossier-Reihe zu Flucht, Migration und Willkommenskultur in Deutschland

Hinausgehend über das vage Konzept einer "Willkommenskultur", die in den letzten Jahren zum Symbol bundesdeutscher Politik gegenüber Geflüchteten geworden ist, fragt die Heinrich Böll Stiftung mit der Dossier-Reihe "Welcome to Germany", wie Teilhabe im Einwanderungsland Deutschland ganz konkret und praktisch realisiert werden kann.

Ziel ist es, die stellenweise verengte Diskussion um eine sogenannte Willkommenskultur zu öffnen und in den Kontext „Migration – Teilhabe – Menschenrechte“ zu stellen. Wie schaffen wir das? Wie können gemeinsames Lernen, Arbeiten, Wohnen, wie können Integration und Migrationspolitik gestaltet werden in einer sich verändernden Gesellschaft? Was bedeutet eine "Kultur des Willkommens" angesichts struktureller Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt oder bei der Wohnungssuche? Und welche Rolle nimmt eine aktive Zivilgesellschaft ein?

Während sich die vorherigen Dossiers mit den Themenbereichen "Fachkräftemigration", "Flucht und Asyl", „Menschenhandel“ und "Visapolitiken" beschäftigt haben, geht es in diesem Dossier um zivilgesellschaftliches Engagement. Dabei werden aus individueller und gemeinschaftlicher Perspektive Grenzüberwindungen entlang der Kategorien, anhand derer gesellschaftliches Zusammenleben konstruiert wird, in den Blick genommen.

Carolin Wiedemann

Sarah Schwahn, Heinrich-Böll-Stiftung, Redaktion Heimatkunde

Berlin, 02. März 2016

Autor/innen

Carolin Wiedemann ist Soziologin und freie Journalistin und hat das Dossier kuratiert. Sie schreibt unter anderem für das Feuilleton der [FAS](#), [Spiegel Online](#), [analyse&kritik](#), die [Süddeutsche Zeitung](#) und das [missy magazine](#) über Kontrollgesellschaften, Utopien und Migrationspolitik, über Rassismus, Sexismus und Protest. In ihrer Doktorarbeit hat sie zu neuen Formen von Kollektivität und Widerstand durch das Internet geforscht.

Nina Scholz lebt als Journalistin in Berlin. Sie arbeitet beim [Deutschlandradio](#), ist ein Teil des "[Hate Magazins](#)" und schreibt unter anderem für [Der Freitag](#) und für [taz. die tageszeitung](#) über US-amerikanische Gegenwartskultur, soziale Bewegungen, Filme und TV-Serien sowie digitalen Wandel.

Stephan Dünnwald ist Mitarbeiter des [Bayerischen Flüchtlingsrats](#). Er hat zum Verhältnis von Nachbarschaftsgruppen gegenüber Geflüchteten geforscht und beschäftigt sich mit den Themen Migration und Entwicklung, Rückkehr und Externalisierung europäischer Migrationspolitik.

Jan Ole Arps arbeitet als Redakteur bei der Monatszeitung [ak - analyse & kritik](#) und schreibt gelegentlich auch für [Der Freitag](#), [Vice](#) und [neues deutschland](#).

Hadija Haruna-Oelker ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet als Autorin, Redakteurin und Moderatorin in Frankfurt am Main, unter anderem für den [Hessischen Rundfunk](#) sowie für die [Bundeszentrale für politische Bildung](#). Ihre Schwerpunkte sind Jugend und Soziales, Migration und Rassismusforschung. Sie ist Preisträgerin des KAUSA Medienpreises 2012 und des Hörfunkpreis Kurt Magnus 2015.

Christoph Twickel ist Journalist und Buchautor, unter anderem von "Gentrifidingsbums" und "Edition Nautilus". Er arbeitet als freier Autor und Radiomoderator unter anderem für [Die Zeit](#), [Spiegel Online](#), [Der Freitag](#), [NDR](#) und [ByteFM](#) und ist Teil des Performancekollektivs [Schwabinggrad Ballett](#), das seit 2014 mit Geflüchteten arbeitet und performt.

Einleitung

In Bewegung

Potenziale und Fallstricke bürgerschaftlichen Engagements für Geflüchtete

von Carolin Wiedemann

Zivilgesellschaftliches Engagement für Geflüchtete – da kommen die Bilder vom letzten Jahr in den Sinn: von klatschenden Menschen, die sich am Münchner Bahnhof drängen, um denen, die gerade ankommen, die Hand zu schütteln, um Mitbringsel zu überreichen, sie willkommen zu heißen.

Bilder, die in weite Ferne gerückt scheinen und Schlagzeilen den Platz geräumt haben darüber, dass „Menschen mit Migrationshintergrund“ der Zugang zu einem Schwimmbad nicht mehr frei stehen sollte, dass Betreiber einer Diskothek Geflüchteten den Zutritt verwehren wollen, dass deutsche Bürger/innen wie gerade wieder in Clausnitz als Mob gegen ankommende Geflüchtete toben. Die Bilder des vergangenen Jahres hatten fast vergessen lassen, was seit Köln in aller Deutlichkeit zu Tage tritt: ein Rassismus, der sich durch alle Lager und Bereiche dieser Gesellschaft zieht.

Als der „Guardian“ beeindruckt schrieb, „Willkommenskultur“ könnte als deutsches Wort in den englischen Sprachgebrauch eingehen und Merkel mit Geflüchteten aus Syrien in die Kamera lächelte, ließ sich beinahe verdrängen, dass parallel fast täglich Asylunterkünfte brannten – 2015 wurden fünf Mal mehr Straftaten gegen Asylunterkünfte registriert als im Jahr zuvor – und dass deutschlandweit immer wieder gegen Neuankömmlinge mobilisiert wurde, nicht nur in Freital, Heidenau oder Hellersdorf, sondern auch in den Edelvierteln deutscher (Groß)städte wie in Hamburg-Harvestehude, wo die Ablehnung lediglich einen anderen, förmlicheren Ausdruck fand.

Heute umarmt auch Merkel niemanden mehr und so lässt sich nicht mehr darüber hinwegtäuschen, dass das Asylrecht stückweise alle paar Monate verschärft wird, um Abschiebungen zu beschleunigen, dass Länder zu „sicheren Herkunftsstaaten“ erklärt werden, um noch mehr Asylsuchende ausweisen zu können und mit sechs extra Milliarden für Flüchtlingspolitik gerade einmal die Summe ausgegeben wurde, die nötig war, um völliges Chaos zu vermeiden. Und schließlich einigten sich am 28. Januar 2016 die Regierungsparteien CDU/CSU und SPD auf das sogenannte Asylpaket II, womit für Geflüchtete mit subsidiärem Schutz das Recht, enge Angehörige nach Deutschland zu holen, für zwei Jahre ausgesetzt wird und „kriminelle Ausländer“ sofort abgeschoben werden sollen – eine Forderung der DVU aus den 90ern. Am 25. Februar stimmte der Bundestag dem Gesetzespaket mit großer Mehrheit zu.

Was kommt nach der Willkommenskultur?

Heute wird deutlicher denn je, dass die Willkommenskultur der Bundesregierung nur in einem Punkt nachhaltig ernst gemeint war: Willkommen sind Migrant/innen, die dem deutschen Kapital als gut ausgebildete Fachkräfte etwas bieten können – dafür riefen gar die Arbeitsagenturen „Welcome Center“ ins Leben. Ansonsten werden die Grenzen dicht gemacht. Während täglich Schutzsuchende ihr Leben verlieren – 368 Menschen starben allein im Januar 2016 bei dem Versuch, Europa über das Mittelmeer zu erreichen – drängt Europa Griechenland und die Türkei zu verstärkter Abwehr.

Aber die Menschen kommen trotzdem. So hart das Grenzregime sie abwehren will. So abschreckend die Bedingungen hierzulande sein mögen. Und diese Bedingungen sind zum Teil so miserabel, dass es gar glaubhaft wirkt, vor dem Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) in Berlin sei ein Mensch ums Leben gekommen. (Ob dann endlich jemand im Senat die Verantwortung übernehmen und zurücktreten müsste, ist nicht einmal sicher.)

Und es würden vielleicht Menschen, die gerade in Deutschland angekommen sind, sterben, wären da nicht immer noch diese vielen ehrenamtlichen Helfer/innen. Wie nie zuvor engagieren sich Menschen in Deutschland ehrenamtlich für Geflüchtete, schreibt ProAsyl Anfang 2016. Daran hat auch Köln nichts geändert, so sehr die Schlagzeilen das verkünden, so sehr Politiker/innen Stimmung gegen „Nordafrikaner“ machen. Die ehrenamtlichen Helfer/innen in München, Hamburg und Berlin sind zumeist noch da, in vielen Dörfern und

Gemeinden ebenso. Immer noch bekommen Flüchtlingsräte in ganz Deutschland Anfragen von Menschen, die helfen wollen, Geflüchtete angemessen zu empfangen.

Trotz dieses anhaltenden Engagements ist von der Euphorie des letzten Jahres kaum mehr etwas übrig. In Umfragen sagen zwar aktuell 94 Prozent der Deutschen, dass Deutschland Menschen aufnehmen soll, die vor Krieg und Bürgerkrieg fliehen – wie es in den ARD-Tagesthemen am dritten Februar hieß. Doch würde die gleiche Menge an Menschen zustimmen bei der Frage, ob Deutschland Menschen aufnehmen soll, die illegal Grenzen übertreten?

Die perfide Gesetzgebung der EU, die europäische Dublin-Regelung, die überhaupt nur durch Deutschland zustande kam, macht es schier unmöglich, legal Asyl in Deutschland zu beantragen – ein Zustand, der in den letzten Monaten immer weniger thematisiert wird. Während letzten Sommer in den großen Zeitungen gefragt wurde, ob „Schleuser“ nicht sogar ehrenhafte Fluchthelfer seien, berichten Anfang 2016 alle scheinbar ohne zu zögern vom vereinten Kampf der Türkei, der EU und de Maizières gegen „Schleuserkriminalität“.

Das passt zu einem Diskurs, der die Unterscheidung zwischen den armen, richtigen Flüchtlingen und den bösen, falschen weiter verschärft, eine Unterscheidung, die die einen viktimisiert und die anderen kriminalisiert. Dass es somit auch keine Diskussion gibt über globale Ausbeutungsverhältnisse, Kolonialismus und Kriege, an denen Deutschland mindestens mitwirkte, passt wiederum dazu, dass 75 Prozent der Bevölkerung laut der in der ARD zitierten Umfrage zu Beginn 2016 nicht wollen, dass Menschen aufgenommen werden, die aus wirtschaftlicher Not fliehen.

Selbstorganisation versus Entmündigung

Gerade in diesem Klima ist die Weiterarbeit der Willkommensinitiativen des letzten Jahres und der bereits seit Jahren bestehenden antirassistischen Gruppen und Organisationen, die Geflüchtete unterstützen, umso wichtiger. Der Wandel des Klimas in der Bevölkerung sowie der medialen und der politischen Diskurse betrifft auch sie: Christiane Beckmann, die Pressesprecherin der Gruppe „Moabit hilft“, die sich seit Sommer 2013 in Berlin Moabit und somit auch vor dem Lageso engagiert, erzählt, dass die Zahl der täglich eingehenden anonymen Drohungen zugenommen habe, ebenso wie die der gehässigen Postings auf Facebook, auf denen Bilder und Namen von Helfer/innen veröffentlicht werden.

Sie geht von organisierten Neonazis aus, deren Einschüchterungsversuche man auch mit Hilfe der Polizei nicht verhindern könne. Doch sie lasse sich nicht einschüchtern, berichtet Beckmann der „Jungle World“ im Februar 2016. Dazu sei ihr die Arbeit mit den Geflüchteten viel zu wichtig – eine Arbeit, die eine Form von Zusammenhalt erzeuge, wie man ihn sonst kaum irgendwo erlebe, eine Arbeit, an der sich diejenigen, die kürzlich selbst erst angekommen sind, bereits beteiligen.

Diese Zusammenarbeit ist damit täglich auch eine Arbeit gegen die Asymmetrie zwischen denen, die sich engagieren, und denen, die der Weg nach Europa und die Beantragung von Asyl in Deutschland entwürdigt und entrechtet hat, gegen die Asymmetrie durch den nationalstaatlichen Bürger/innenstatus auf der einen und die Ausgrenzung und Stigmatisierung auf der anderen Seite. Eine Arbeit, die im besten Fall hilft, Voraussetzungen zu schaffen, damit Geflüchtete sich selbst organisieren und repräsentieren können – und somit auch gemeinsam mit bereits bestehenden Refugee-Protesten die Zusammenhänge zwischen dem Grauen der Flucht nach Europa, den migrationspolitischen Entscheidungen auf nationaler und EU-Ebene und den lokalen Rassismen thematisiert und langfristig für andere Strukturen kämpft.

Um zivilgesellschaftliches Engagement geht es in diesem Dossier. Es geht um die Notwendigkeit und Bedeutung von ehrenamtlicher Hilfe in der gegebenen Ordnung und der gegenwärtigen Situation, aber auch um die damit verbundenen Gefahren, die von einer paternalistischen Praxis über ihre kompensatorische Funktion bis hin zur Instrumentalisierung durch die Politik reichen, es geht um die Möglichkeiten der Politisierung, um Fragen nach vergangenen, unergriffenen Chancen und neuen Verschärfungen.

Während die Journalistin Nina Scholz, die über ihre Erfahrungen in einer Kleiderkammer in Charlottenburg und vom Potential des „Septembermärchens“ berichtet, mit einem Blick auf die Gegenwart bitter endet, sieht Manuela Bojadzjev in der zivilgesellschaftlichen Willkommenskultur eine nachhaltige Mobilisierung gegen das Asylsystem. Im Interview analysiert sie rassistische Diskurse auf der einen Seite und verweist auf der anderen Seite hoffnungsvoll auf das Potential translokaler Bündnisse, in denen jeweils schon mit neuen Modellen von Zugehörigkeit und Teilhabe experimentiert werde.

Stephan Dünnwald vom Flüchtlingsrat Bayern porträtiert drei vorbildliche Initiativen ehrenamtlicher Helfer/innen, eine in Thüringen, zwei in Bayern und erläutert, welche Art von

Engagement nachhaltig ist. Im Gespräch mit dem Journalisten Jan Ole Arps erzählen zwei Aktivistinnen der Oranienplatz-Bewegung, Bino Byansi Byakuleka und Turgay Utlu, von ihrer Enttäuschung nach den jahrelangen Kämpfen gegen das Asylsystem, von ihrer Empörung angesichts einer „Willkommenskultur“ in Deutschland, die weiterhin nicht zulasse, dass globale Ausbeutungsverhältnisse als Fluchtursachen besprochen werden, und von der Wichtigkeit selbstorganisierter Refugee-Proteste.

Proteste, die auch die Kirche immer wieder unterstützt. Davon berichtet die Journalistin Hadija Haruna-Oelker in einer Reportage über Kirchenasyl in Hessen. Sie beleuchtet die Entwicklung in und um Frankfurt, vor allem seit der Initiative von „Noborder“ 2014, blickt außerdem auf die Situation in Bayern und zeigt, dass die Kirche, die aus humanitären Gründen handelt, dabei zum politischen Akteur wird, der das europäische Dublin-System in Frage stellt.

Kirchenasyl war auch in Hamburg ein Thema, mit dem die selbstorganisierte Refugee-Protestbewegung „Lampedusa in Hamburg“ 2013 in den Medien erschien. Der Hamburger Journalist Christoph Twickel blickt auf die Entwicklung der dortigen Unterstützungsszene und schildert, wie die so genannte Lampedusa-Gruppe im Spätsommer 2013 über die linke antirassistische Szene hinaus erstmals eine breitere Öffentlichkeit erreichte und wie sich schließlich das Verhältnis zwischen Staatlichkeit und Zivilgesellschaft wandelte in der Zeit zwischen den Kämpfen der Aktivist/innen rund um das „Refugee Welcome Center“ 2014 und den neuen Bündnissen und Bewegungen im Sommer 2015. Bündnisse und Bewegungen, die auch die fließenden Übergänge zwischen Ehrenamt und Aktivismus bezeugen.

Septembermärchen und vertane Chancen

Die Journalistin Nina Scholz reflektiert ihre Eindrücke als Helferin in einer Kleiderkammer in Charlottenburg und denkt darüber nach, was bürgerschaftliches Engagement leisten kann – und was nicht.

Vergangenen Sommer ging es mir wie vielen anderen auch. Ich hatte wochenlang die Schreckensmeldungen gelesen, wie mitten in Berlin am Lageso, dem Landesamt für Gesundheit und Soziales, Geflüchtete in der Hitze, ohne Verpflegung, ärztliche Versorgung und Unterkunft ausharren mussten, um sich registrieren zu lassen. Ich wollte, wie viele andere auch, helfen, wusste aber nicht, wie. Dann machte mich jemand darauf aufmerksam, dass in Westberlin gerade erst eine vorübergehende Unterkunft für Geflüchtete eröffnete hatte.

Als ich das erste Mal in das Heim ging, herrschte noch Chaos. Einige Geflüchtete waren bereits angekommen, ein paar Helfer auch. Zusammen standen wir hilflos im Hof herum. Weit und breit war niemand zu sehen, der verantwortlich war. Irgendwann kam eine Studentin, die schon ein paar Tage länger dort war und übernahm die Verantwortung. Sie teilte mich und ein paar andere Frauen, die ebenfalls herumstanden, zum Spenden sortieren ein.

Das haben wir dann gemacht. Wir waren eine Gruppe von sieben Personen. Zwei Rentnerinnen und ein Renter, eine Frau, deren Kinder vormittags in der Schule waren, zwei Studentinnen und ich sortierten den Inhalt zahlloser Kartons und Tüten. Vielen Berliner/innen war es wohl so gegangen wie uns: Sie wollten irgendwie helfen, vielleicht auch den Schreckensmeldungen aus Syrien, von den europäischen Grenzen, vom Lageso etwas entgegensetzen.

Also spendeten sie. Während manche von ihnen Kleidung zusammenpackten, die Bedarfslisten, die damals noch nicht im Internet, sondern nur an der Tür des Heims standen, überprüften oder einfach fragten, was gebraucht würde und kurze Zeit später mit BVG-Karten, Hygiene-Produkten oder Säcken voller Kinder-Flipflops wieder in der Tür standen, standen andere mit angebrochenen Lebensmitteln, mit nasser Kleidung oder dreckiger Unterwäsche vor der Tür. Oder sie hatten Kerzen, Tischdecken und Bücher

zusammengepackt und wollten auch nach mehrmaligem Erklären nicht verstehen, dass die Geflüchteten damit nichts anfangen können. Hier hatte ich zum ersten Mal Kontakt mit Menschen, die sehr wütend werden, wenn Geflüchtete nicht einfach genau die Hilfe nehmen, die sie angeboten bekommen.

Viele Fragen bleiben unbeantwortet

Das Chaos an den ersten Tagen kam auch daher, dass fast niemand, der dort war, schon mal ein Heim organisiert hatte. Wir packten also Kleidung aus, sortierten sie so, wie wir es am praktischsten fanden und dann kamen aus der gerade eröffneten Kleiderkammer neue Anleitungen, denn auch die freiwilligen Helfer/innen dort fanden erst nach und nach heraus, was wirklich gebraucht wurde. Also wurde neu gepackt, neu sortiert. Wir brauchten mehr Kleider und Tuniken für die Frauen, Flipflops für alle und kleinere Jacken für die Männer als die Parka in L oder XL, die von deutschen Männern mehrheitlich gespendet wurden.

Wir hatten natürlich auch viele Fragen: Braucht man Kondome in einer Unterkunft für Geflüchtete? Muss man irgendwann Spender/innen wegschicken? Was passiert, wenn wir sie wegschicken und später bringt dann niemand mehr etwas? Und natürlich auch: Wie viel können wir wovon herausgeben? Irgendwann fragte ich eine der Helferinnen, die dort regelmäßiger als ich arbeitete: „Sind das alles Freiwillige?“ Und ich war nicht die einzige, die diese Frage stellte. Kaum jemand, der dort mithalf, konnte glauben, dass die meisten freiwillig dort waren und wie wenig professionelle Helfer/innen es gab.

Eine Woche später wechselte ich von der Spendensortierung in die Kleiderkammer. Es gab zwei Kammern: eine für Männer, eine für Frauen und Kinder. Anfangs, als es noch viele Spenden gab, konnten die Bewohner/innen jeden Tag einmal kommen. Später nur noch einmal die Woche. Mittlerweile wohnen die meisten schon so lange dort, dass die Kleiderkammer oft bloßer Zeitvertreib ist. Die Kleiderkammer ist ein merkwürdiger Ort, weil sie gleichzeitig zusammenführt und trennt. Man lernt die Geflüchteten kennen, aber auch nicht besser, als eine Verkäuferin ihre Kundin kennenlernt, nur dass das Verhältnis eben umgekehrt ist. Nicht die Verkäuferin ist dankbar, dass sie etwas verkauft, sondern die Kundin, dass sie etwas bekommt.

Wie würdet ihr behandelt werden wollen in einem fremden Land?

Trotzdem gab es dort viel zu lernen, wenn auch vielleicht nur über sich selbst. Eine ältere Frau war mit der Art eines ruppigen, jungen Mannes aus Eritrea überfordert, der lautstark seine Zahnpasta einforderte. Später hat sie zu mir gesagt: „Ich muss wirklich aufpassen, dass ich die jungen Männer nicht anders behandle als die Familienväter aus Syrien. Die einen hatten noch die eine Chance im Leben, die anderen kommen wie ich aus der Mittelschicht und sind vielleicht wie mein Mann Arzt. Da ist ja klar, dass ich mich mit den anderen erst mal besser verstehe.“ Menschen, die verstanden haben, dass es den einen Geflüchteten nicht gibt, dass nicht nur eine Geschichte, eine Biografie, eine Erfahrung gibt, die lernen, dass man manche Menschen mag, andere nicht, dass man das in Beziehung zu gesellschaftlichen Verhältnissen setzen muss.

Es gab ansteckende Krankheiten, aber als das Gesundheitsamt weiße Schutzjacken als Arbeitskleidung vorschrieb, weigerten sich alle Helfenden, diese anzuziehen. Niemand wollte den Menschen, die hunderte von Kilometern aus widrigsten Umständen durch widrige Umstände in widrige Umstände geflüchtet waren, entgegentreten, als wären sie ansteckend oder vergiftet. Ein Mann aus Zehlendorf weigerte sich mit den Karteikarten zu arbeiten, die zur besseren Organisation der Kleiderkammer eingeführt worden waren. Wütend sagte er: „Ich stell mich doch hier als Deutscher nicht mit einer Karteikartenkiste hin und sage zu Geflüchteten: Wie ist deine Nummer? Nein, Du kannst heute keine Zahnpasta haben, du hast dir diese Woche schon eine Tube geholt.“

Als ein Bus voller Geflüchteter nach Eisenhüttenstadt abfuhr, wo ein paar Tage vorher ein leeres Heim gebrannt hatte, standen die Helfer/innen fassungslos, wütend und traurig im Innenhof. Wir waren alle hilflos, weil wir Menschen, denen es sehr schlecht ging und die wir gerade erst kennengelernt hatten, in eine solche Situation entließen. Natürlich gab es auch Auseinandersetzungen, zum Beispiel mit den Security-Angestellten. Aber es gab auch Zettel, auf denen stand: „Klar, wir haben hier Regeln, aber am Ende des Tages zählt, dass ihr die Refugees so behandelt, wie ihr auch behandelt werden möchtet in einem fremden Land.“

Es gibt keine Märchen im wahren Leben

Hier könnte der Artikel jetzt zu Ende sein. Ich hatte also mein ganz persönliches „Septembermärchen“ erlebt, wie die Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt die kurze Phase der von den Medien gefeierten deutschen Willkommenskultur euphorisch nannte. Leider gibt es keine Märchen im wahren Leben. Und deswegen muss der Artikel hier noch weiter gehen, denn während die einen Hilfe leisteten, brannten noch nicht bezogene Unterkünfte in zahlreichen Städten, gingen tausende Menschen jeden Montag mit Pegida und seinen Ablegern auf die Straße, randalierten Rechte und sogenannte besorgte Bürger vor Flüchtlingsheimen wie etwa in Heidenau und Freital und harrten tausende Geflüchtete vor dem überforderten und weiterhin unterbesetzten Lageso aus.

Wäre so ein Märchen ein erklärtes politisches Ziel gewesen, gab es damals im September ein Zeitfenster, so etwas möglich zu machen. Das Potential war da. Das konnte ich in dem Heim sehen, in dem nicht die "linke Szene" und keine Mitglieder antirassistischer Gruppen standen, sondern mehrheitlich Menschen, die sich mit den Themen Flucht und Asyl vorher kaum auseinandergesetzt hatten. Die viel bejubelte Willkommenskultur hatte es tatsächlich gegeben. Was fehlte, war Unterstützung. Man hätte nicht nur mit den vielen freiwilligen Helfern neue Strukturen aufbauen können, man hätte eine Kultur schaffen können, die der rechten Stimmungsmache von Neonazis und besorgten Bürgern, von AfD und CDU/CSU wirklich etwas entgegenzusetzen hat.

Letztes Jahr gab es die Möglichkeit für Parteien und Politik, aktive Gruppen und Menschen zu unterstützen und dabei einen Schritt in Richtung einer offenen Zivilgesellschaft mit einer festen Struktur zu gehen. Die Chance wurde vertan, ob aus Ignoranz oder aus Kalkül. Es war auch nicht so, dass keine Politiker/innen vorbeigekommen wären. Die kamen sogar ziemlich oft, und zwar von allen Parteien und immer mit mindestens einer Zeitung und Fotograf/innen im Schlepptau. Sie ließen sich die Organisation und die Abläufe erklären, nickten bewundernd, machten ein Foto, sagten in irgendein Aufnahmegerät, dass sie die Helfer/innen bewundern würden, dass ohne diese Helfer/innen gerade nichts geht und dass sich natürlich etwas ändern müsse – und dann verschwanden sie wieder.

Heute leben die Menschen immer noch in diesem als Übergang gedachten Heim. Die Abläufe sind vielleicht eingespielter als am Anfang, aber es sind immer noch die Freiwilligen, die sich dort kümmern. Die Geflüchteten bekommen immer noch keine psychologische

Betreuung und nicht nur die Spenden, auch die motivierten Helfer/innen werden immer knapper, während die Berliner Bürokratie bis heute überfordert ist. Schon hier wird das Dilemma der Freiwilligenhilfe deutlich: Man hat im Sommer die Politik aus der Verantwortung entlassen und die Aufgaben des Staates übernommen. Leider steht bis heute auch die Frage im Raum: Was wäre passiert, wenn niemand geholfen hätte?

Vielleicht ist das Problem ja auch gar nicht die Freiwilligenhilfe gewesen, sondern dass diese nach wie vor sich selbst überlassen ist. Die Situation in Berlin ist bis heute nicht besser, sondern schlechter geworden. Das war abzusehen – wie man die Situation im letzten Jahr ebenfalls hätte absehen können. Bis zum Ende des Jahres 2015 sind knapp 80.000 Flüchtlinge in Berlin angekommen – aktuell leben 30.000 Geflüchtete in der Stadt, davon sind 15.000 bis jetzt nicht registriert. Für 2016 rechnet das Innenministerium mit 55.000 neu Ankommenden.

Was passiert, wenn die Puste ausgeht?

Bisher hat niemand einen konstruktiven Vorschlag zur Versorgung und Unterbringung gemacht, geschweige denn eine Zukunftsperspektive entworfen. Es wird schwieriger, Helfer/innen und Spenden zu finden. Die Menschen in den Heimen harren aus. Niemand kümmert sich um ihre Traumata, aber die Hetze draußen wird jeden Tag lauter. Und nicht nur die Hetze, sondern auch die Übergriffe und damit die Angst, denn auf andere Heime werden tagtäglich Angriffe verübt, die meist nicht geahndet werden. Das Bundeskriminalamt hat 2015 mehr als 1000 Straftaten gegen Asylunterkünfte registriert, das sind fünf Mal so viele wie im Jahr zuvor. Gleichzeitig werden die Grenzen dicht gemacht, offener Rassismus ist gesellschaftsfähiger denn je und das Asylrecht wird stückweise alle paar Monate mit Hilfe fast aller deutschen Parteien verschärft.

Von dem behaupteten Septembermärchen sind wir heute weiter entfernt denn je. Als ich vor einem halben Jahr mit einigen männlichen Geflüchteten gesprochen habe, die derzeit so dämonisiert werden, hatten viele gehofft, ihre Familie bald nachholen zu können. Auch das ist mittlerweile in weite Ferne gerückt. Am 28. Januar 2016 einigten sich die Regierungsparteien CDU/CSU und SPD auf das sogenannte Asylpaket II. Für Geflüchtete mit subsidiärem Schutz wurde das Recht, enge Angehörige nach Deutschland zu holen, für zwei Jahre ausgesetzt, während in der deutschen Presse schon lange niemand mehr von

einem Märchen gesprochen hat, dafür aber die Stimmen nach einer Obergrenze lauter werden.

Und die freiwilligen Helfer/innen? Viele machen irgendwie weiter. Andere sind wieder weg – und wer könnte es ihnen verdenken? Manche haben hier eine Aufgabe gefunden und das ist ja auch schön. Doch den meisten geht die Puste aus. Was passiert, wenn der Staat sich seinerseits darauf verlässt, dass Privatpersonen die Versorgung von Menschen in Not schon regeln werden, konnte man im Januar 2016 am Lageso erleben. Ein Helfer hatte den Tod eines Syrers erfunden, die Nachricht verbreitete sich rasch. Dass es niemand für unwahrscheinlich gehalten hatte, ist der eine Skandal. Dass Menschen ohne Ausbildung, ohne Supervision, ohne Ressourcen seit Monaten so eine Aufgabe, größtenteils neben ihrer eigentlichen Lohnarbeit, stemmen, ist der andere. Der Blick in die Zukunft ist also düster, die Möglichkeit eines zweites Märchens in diesem Jahr scheint in weite Ferne gerückt.

„Das ist auch eine politische Mobilisierung“

Ein Gespräch mit Manuela Bojadzijev über Widersprüche im Migrationssystem und über Migration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Manuela Bojadzijev ist Juniorprofessorin für Globalisierte Kulturen an der Leuphana Universität Lüneburg und Mitglied des Vorstands und der Abteilung "Netzwerke und kulturelle Lebensstile" des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) an der Humboldt Universität. Carolin Wiedemann hat mit ihr unter anderem über Widersprüche im Migrationssystem gesprochen.

Carolin Wiedemann: Vor ein paar Monaten ließ sich Merkel noch mit strahlenden Syrern ablichten, heute kursieren Fotos von den katastrophalen Bedingungen vor dem Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) und es scheint gar glaubhaft, dass dort, also mitten in Berlin, Flüchtlinge erfrieren oder vor Erschöpfung sterben könnten. War die Rede von einer Willkommenskultur eine Farce?

Manuela Bojadzijev: Sicher nicht. Wir müssen differenzieren, wofür wir den Begriff verwenden. Willkommenskultur war ja im Grunde eine staatliche Erfindung, bevor es die Willkommenskultur zivilgesellschaftlicher Natur gab. Seit 2014 gab es Anzeichen dafür, dass die Bundesregierung verstärkt versuchte, ausländische Fachkräfte anzuwerben und den Diskurs für neu ankommende Arbeitskräfte zu ändern. So launchte etwa die Arbeitsvermittlungagentur die Website „Willkommen in Deutschland“ und ein paar Ausländerbehörden wurden in „Willkommensbehörden“ umbenannt. Damit verbunden entstanden neue Ansätze, etwa die Schulungsmaßnahme, dass die Angestellten in der Behörde die Rollen mit der anderen Seite des Schreibtischs tauschen sollten.

Als Merkel mit den Männern aus Syrien in die Handy-Kamera grinste, ging es aber doch kaum darum, ausländische Fachkräfte anzuwerben.

Nein, bereits 2015 ging es nicht mehr um das Anwerben. Vielmehr trat im vergangenen Jahr plötzlich das, was man vorher zu exterritorialisieren versucht hatte, massiv im Inneren auf. Diese große Migrationsbewegung wurde natürlich vor allem durch den Krieg in Syrien

ausgelöst. Für die Frage, wo die Menschen hingehen, ist entscheidend, dass sie Anteil nehmen wollen am Reichtum, der produziert wird. Dass so viele Menschen nach Europa und speziell nach Deutschland wollen, liegt zwar auch an den Netzwerken, die bereits bestehen, aber ebenso sehr an den Bildern von Deutschland oder aber auch von Schweden.

Die Bilder von Deutschland, die letzten Sommer verbreitet wurden, zeigten oft klatschende Menschen an Hauptbahnhöfen.

2015 proklamierten Menschen ihr Recht, hierher zu kommen, in einer Weise, die die deutsche Ausländer- und Migrationspolitik an ihre Grenzen brachte. Die zivilgesellschaftliche Willkommenskultur ist eine Reaktion darauf – sie basiert darauf, dass ein großer Teil der Bevölkerung erkannt hat: So wie wir hier Migrationspolitik organisieren, geht es nicht. Und so setzen sie den Widersprüchen des staatlichen Systems etwas entgegen, und zwar praktisch, indem sie Menschen helfen. Das darf nicht nur als altruistisches Verhalten gesehen werden, es handelt sich durchaus auch um eine politische Mobilisierung.

Sie sehen es als eine Konsequenz des Engagements der Zivilgesellschaft, dass nun mehr Stellen im Bereich der Versorgung von Geflüchteten geschaffen und verstetigt werden?

Das wäre unter keinen Umständen passiert, wenn es nicht von Ehrenamtlichen zwischenzeitlich übernommen worden wäre, die dann auch Druck ausgeübt und auf eine absolut notwendige Institutionalisierung hingewirkt haben.

Woran machen Sie fest, dass die Leute nicht aus altruistischem Helfer/innensyndrom heraus gehandelt haben, sondern dass in ihrem Tun eine Ablehnung des Asylsystems zum Ausdruck kam?

Wir wissen aus der Studie zu Strukturen und Motiven der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) meiner Kolleg/innen am BIM, dass sich die Zahl der Ehrenamtlichen seit einigen Jahren kontinuierlich steigerte. Migration betraf lange Zeit ausschließlich Migrantinnen und Migranten. Jetzt wurde Migration plötzlich zu einer gesellschaftlichen Aufgabe, die – das haben viele Menschen sehr schnell realisiert – uns alle betrifft. In dieser Situation ist es beeindruckend, dass so viele angepackt haben. Und sie selber kommen jetzt in die Situation, dass die Widersprüche, die dieses Migrationssystem geschaffen hat, sie ebenfalls einholen. Darin liegt aber auch Potential dafür, dass sich auch Leute politisieren, die sich davor nicht

für Migrationspolitik interessiert oder ihre gesamtgesellschaftliche Tragweite nicht so eingeschätzt haben.

Oder dass sie erschöpft aufgeben?

Diese Beschreibung kommt doch von rechts. Wenn es heißt, die Ehrenamtlichen kämen bald an ihre Grenzen, zeigt sich darin der Versuch, ihre Tätigkeit unter staatliche Disposition zu stellen. Natürlich sagen einige Helfer/innen: "Wir können nicht mehr" – aber es geht dabei auch um die Bedingungen der Unterstützung. Es wurde von medialen Diskursen herbeigeschrieben, dieses „das schaffen wir doch nicht“.

Dann ist trotzdem die Frage, ob sich dieser Diskurs über die Erschöpfung leider doch bis in die Praxis durchsetzt, dort, wo sich gerade so viel Potential entwickelt hat?

Oder ob sich dem neuen Diskurs etwas entgegensetzen lässt, genau durch diese neuen Initiativen, die erkannt haben, dass es sozialpolitische Fragen sind, die nun mit gesamtgesellschaftlicher Perspektive gestellt werden: etwa wie wir das Wohnen oder die Bildung für alle organisieren. Und das erfordert nun ganz neue Allianzen. Aus der EFA-Studie wissen wir, dass die überwiegende Mehrheit dieser Menschen weitgehend unbeeinflusst von negativen Medienberichten über Geflüchtete sind, was vor allem auf den direkten Kontakt zurückzuführen ist. Das „Wir“ im merkelschen Satz „Das Schaffen wir“ müssen wir uns aktiv aneignen und umfassend, das heißt einschließlich der Flüchtenden, definieren und wir müssen auch klären, was geschafft werden kann, denn die aktuellen Bedingungen, unter denen die hier Ankommenden in einem immer restriktiveren Asylgesetz verwaltet werden, machen eine verträgliche Lösung der Situation unmöglich.

Diese Idee eines „Wir“, einer Gesellschaft, an der diejenigen, die neu ankommen, gleichermaßen teilhaben, ist die denn verbreitet unter den ehrenamtlich Engagierten? Das würde der Kritik entgegenstehen, es handle sich oft um paternalistische Initiativen.

Die EFA-Studie zeigt auch, dass es in diesen Initiativen einen hohen Prozentteil an Frauen, an Migrant/innen und Leuten gibt, die sowieso schon eher links stehen. Trotzdem sind die Initiativen nicht frei von Paternalismus, aber das führt zu notwendigen Auseinandersetzungen. Es ist nicht so, dass der Paternalismus einfach über die neu ankommenden Leute schwappt. Sie verhalten sich ja dazu, lassen sich das oft gar nicht

gefallen. Manchmal müssen sie es aber einfach akzeptieren, weil sie abhängig sind oder gemacht und gehalten werden. Die Frage ist, wie schnell wir die Menschen in eine Situation bringen, dieser Auseinandersetzung auf Augenhöhe zu begegnen. Die Entrechtung, die Enteignung, diese Prozesse, denen Menschen auf der Flucht ausgesetzt sind, führt auch zu den Grundlagen ihrer Stigmatisierung. Gerade das wird von rechten Kräften ausgeschlachtet.

Ausgeschlachtet – das wurden auch die Ereignisse der Silvesternacht in Köln. Was hat „Köln“ verändert?

Köln hat eine fürchterliche und unverantwortliche Verschiebung mit sich gebracht, was den Diskurs über Flüchtende betrifft – und zwar weil sofort medial inszeniert wurde, es ginge um Flüchtende, obwohl man da noch nicht wusste, wer tatsächlich beteiligt war. Adorno hat einmal in Bezug auf den Antisemitismus gesagt: Der Antisemitismus ist das Gerücht über die Juden. Köln war zunächst vor allem eins: Das Gerücht über die Geflüchteten. Vermutlich waren da unterbesetzte Silvester-Redaktionen und Polizei-Schichten am Werk, denn anders lässt sich die journalistische Unverantwortlichkeit und jene der Polizeibehörden eigentlich nicht erklären. Die Reaktion auf Köln erinnerte an die Sarrazin-Debatte: Es war, als wäre eine Türe geöffnet worden, die Rechte konnte alles sagen, die absurdesten Vorschläge machen – und sie wurden auch noch medial und politisch aufgenommen. Gleichzeitig wurden Leute zu Fürsprecher/innen der Feminist/innen, die noch Jahre vorher Vergewaltigung in der Ehe nicht zu einem juristischen Tatbestand machen wollten.

Das kam aber ja nicht aus dem Nichts heraus.

Wir dürfen nicht vergessen, dass über Jahre hinweg Leute wie Necla Kelek und Alice Schwarzer den Diskurs dominiert haben, die den „muslimischen Mann als Problem“ erfolgreich auf die Agenda gesetzt haben. Als hätte es keine kritische Betrachtung von Geschlechterverhältnissen in der Migration gegeben. Die feministisch-migrantischen Stimmen und deren Diskussionen seit den 1980er Jahren über Sexismus und Gewalt in Haushalten, die auch migrationspolitische Grundlagen haben, wurden überhört.

Und so gab es kaum Widerstand gegen den rassistischen Diskurs zu Köln. Stattdessen wurden plötzlich ganz offen Vorschläge verhandelbar, für „Menschen mit Migrationshintergrund“ den Zugang zum Hallenbad einzuschränken oder Flüchtlingen den Zutritt zu einer Diskussion zu verwehren.

Es erhoben sich schon relevante feministische Stimmen. Die Konsequenzen sind trotzdem drastisch. Die Frage, wer in ein Schwimmbad gehen darf, hat eine lange Tradition in der Kulturgeschichte des Rassismus. Man denke an die Segregation nicht nur in Südafrika, sondern auch in den USA. Auch hierzulande kennen Clubs und Schwimmbäder schon immer Probleme mit diesen Fragen. Türsteher und Bademeister sind zentrale Figuren des kulturellen In und Out. Wir müssen der Tatsache ins Auge sehen, dass der Rassismus sich in Deutschland durch alle gesellschaftlichen Bereiche hindurchzieht, dass alle politischen Parteien bereit waren, rassistische Erklärungsweisen für die Situation in Köln in Kauf zu nehmen, dass sie nicht in der Lage waren, es anders zu erklären, als rassistisch.

Wenn Rassismus darin besteht, eine Anrufung an eine abstrakte Gemeinschaft zu organisieren, die sich jenseits von sozialer Herkunft organisiert, können wir ihn dann überhaupt innerhalb unserer aktuellen Strukturen nachhaltig bekämpfen? Innerhalb eines nationalstaatlich und kapitalistisch organisierten Systems?

Ja, das können wir. Wenn wir die konkreten Fälle genau verstehen, die Widersprüchlichkeiten und die Zusammenhänge analysieren und die Fälle dann anders als rassistisch erklären, schaffen wir neue Realitäten. Das ist die Aufgabe aller und insbesondere auch von Intellektuellen und Medienmacher/innen. So muss man auch im Fall von Köln das Phänomen genau betrachten: Die Übergriffe fanden nicht organisiert statt, es geht offenbar um eine Bevölkerung, die in informellen Ökonomien organisiert ist, die unter anderem aufgrund ihres ausländerrechtlichen Status prekariert ist. Die Existenzbedingungen für kriminelle Netzwerke sind ja hinreichend untersucht und ändern sich natürlich. Zunächst helfen doch Analogien, die in der Diskussion ja durchaus auch eine Rolle gespielt haben: Was wäre, wenn es sich um „deutsche Männer“ gehandelt hätte, was ja gerade in im Kontext des Kölner Karnevals auch Erfahrungswissen ist? Wie geht die Gesellschaft mit massenhaften sexistischen Übergriffen in anderen Situationen um?

In Folge der Ereignisse von Köln wurde auch schon wieder eine Asylrechtsverschärfung durchgesetzt. Hätten nicht wenigstens die Willkommens-Initiativen, die Sie als frisch politisiert beschrieben haben, Widerstand dagegen leisten können?

So schnell setzt sich Politisierung selten um – anders als ein medialer Diskurs, der das zivilgesellschaftliche Engagement erst feiert und dann schnell abzuschreiben vermag.

Die AfD gewinnt leider trotzdem Anhänger. Und auch in anderen europäischen Ländern haben rechte Parteien zunehmend mehr Einfluss. Wie könnte man transnationale Gegenkräfte gemeinsam organisieren? Macht das zivilgesellschaftliche Engagement, das Sie beschrieben haben, diesbezüglich Hoffnung?

Ich glaube, dass die linken Bündnisse auf der transnationalen Ebene neu erfunden werden müssen, dass sie ein neues Verhältnis von sich zu den lokalen Strukturen etablieren müssen. Viele interessante Bewegungen, die eher „on the ground“ entstehen als anders herum, beginnen bereits, sich translokal zu organisieren und versuchen etwa, „Willkommensstädte“ zu vernetzen und einen Bund auf europäischer Ebene zu bilden. Barcelona hat eine „Refugee City“-Kampagne, die nun zum Beispiel von den Bürgermeisterinnen von Lesbos und Lampedusa aufgegriffen wurde. Wir sehen bei Syriza und Podemos, wie schwer es ist, auf der nationalstaatlichen und europäischen Ebene parallel durchzuhalten. Ich nehme an, dass sich zu diesen Versuchen verstärkt eine Art Kommunalismus ausbildet und sich auf den lokalen Ebenen widerständig organisiert. In Bezug auf Migration nur ein Beispiel: Genau wie ein Kirchenasyl lässt sich etwa Gemeindeasyl organisieren.

Das Gespräch führte **Carolin Wiedemann**.

Geht doch! – Ehrenamtliche Initiativen in der Flüchtlingsarbeit

Mit "Yalla Connect", "Tun.Starhilfe" und "Menschen begegnen Menschen" stellt Stephan Dünnwald drei auf ganz unterschiedliche Weise erfolgreiche Initiativen der Flüchtlingsarbeit vor.

Zwei Eigenschaften bestimmen die meisten Initiativen, die sich für Flüchtlinge engagieren: Sie sind lokal und sie sind sozial, nicht politisch. Beides ist Stärke und Schwäche zugleich. Die lokale Orientierung gründet in der Sorge um Flüchtlinge vor Ort. Die meisten Initiativen gründen sich, sobald bekannt wird, dass eine Unterkunft für Flüchtlinge errichtet werden soll. Oft werden die Nachbarn aber von den Behörden vor vollendete Tatsachen gestellt. Aus einer bunt zusammengewürfelten Menge Interessierter bildet sich schnell eine mehr oder minder organisierte Gruppe, die Angebote für Flüchtlinge macht. Je nach Neigungen und Fähigkeiten, auch nach der Größe der Initiativen variieren diese Angebote: Teestuben, Nähkurse, Deutschunterricht, Vermittlung in Wohnen, Arbeit und Ausbildung, Nachhilfe für Schüler/innen, Sport oder verschiedene Patenschaftsmodelle – die Angebote sind vielfältig, aber überschaubar. Wird die Unterkunft aufgelöst, so überlebt auch die Initiative nicht.

Paternalismus überwinden

Fremde rufen Ambivalenz und Unsicherheit hervor. Für die einen sind Flüchtlinge eine Bedrohung, für die anderen sind sie bedürftig. Schnell werden Flüchtlinge in eine Schablone gedrückt, davon sind auch Initiativen nicht frei, die sich für Flüchtlinge einsetzen. Wer Flüchtlinge pauschal als hilfsbedürftig ansieht, etabliert ein asymmetrisches Verhältnis. Für dargebotene Hilfen wird als Gegenleistung Dankbarkeit und Wohlverhalten erwartet. Ehrenamtliche, die sich für Flüchtlinge einsetzen, sind aber gegenüber denen, die Flüchtlinge als Feinde sehen, entscheidend im Vorteil: Der direkte Kontakt zu Flüchtlingen erlaubt es, Erfahrungen zu machen, manch ein Frust, manch ein gutes Erlebnis zwingt dazu, die eigenen Vorurteile auf den Prüfstand zu stellen.

Eisenberg und darüber hinaus: Yalla Connect

Das Café International in Eisenberg, Thüringen, ist so eine Initiative. In der Nachbarschaft der schäbigen Erstaufnahmestelle Thüringens hat das Bildungswerk Blitz e.V. mit dem Café International einen Treffpunkt für Flüchtlinge und Mitbürger/innen aus der Umgebung geschaffen. Hier nahmen auch Studierende aus Jena erstmals Kontakt mit den neu ankommenden Flüchtlingen auf. Sie waren erstaunt, was die Flüchtlinge zu erzählen hatten, hörten zu und fanden, diese Geschichten müssten eine breitere Öffentlichkeit erreichen.

Dementsprechend positioniert sich die Gruppe:

„Hierbei stand die Idee im Fokus, nicht einfach ein fertiges Projekt vorzustellen, sondern die Menschen selbst entscheiden zu lassen, was sie machen möchten. Das Anliegen auf herkunftsdeutscher Seite war dabei, die Brücke zu Strukturen zu sein, zu denen Refugees aufgrund ihrer strukturellen Benachteiligung in der Gesellschaft sonst keinen Zugang haben. Dementsprechend offen haben wir ein erstes Treffen in Eisenberg organisiert, um das Projekt von sich aus entstehen zu lassen. Ein konkretes Bedürfnis, das sich auch als eines der Ziele der Gruppe herausstellte, war es, die miserablen Zustände im Camp in Eisenberg zu thematisieren. Und zwar aus der Perspektive der Menschen, die das betrifft.“

Die Fluktuation ist hoch. Eisenberg ist eine Erstaufnahmeeinrichtung. Hier bleiben Flüchtlinge meist nicht länger als drei Monate, dann werden sie umverteilt. Entsprechend fokussiert ist die Arbeit:

„Um unsere Projektidee zu realisieren, haben wir ein gemeinsames Wochenende verbracht. Wir konnten uns besser kennenlernen und in drei Arbeitsgruppen "Text, Film, Audio" haben die Flüchtlinge thematisiert, was für sie wichtig ist. So ergaben sich verschiedene Schwerpunkte, wie zum Beispiel die Situation im Camp in Eisenberg, der Weg nach und die Ankunft in Deutschland, das Asylverfahren und vieles mehr. Dieses Material wurde daraufhin in drei verschiedene Sprachen übersetzt (Arabisch, Englisch, Deutsch) und auf der Website, die wir auch miteinander aufgebaut haben, veröffentlicht.“

Die Website ist die Plattform des Projekts, wo eigene Geschichten und Anliegen der Flüchtlinge dokumentiert werden können. Flüchtlinge und ihre Sichtweisen auf die Situation in Deutschland werden im öffentlichen Diskurs kaum wahrgenommen. Der Wunsch von Yalla

Connect ist es, „dass sich die Perspektive auf Refugees in der Mehrheitsgesellschaft verändert, wenn sie nicht mehr nur Objekt eines Diskurses sind, sondern auch als selbst sprechende, aktive Individuen agieren und wahrgenommen werden und nicht primär als passive Opfer“.

Local Heroes

Die Qualität des Lokalen ist wichtig: Initiativen arbeiten mit Flüchtlingen und zugleich mit den Nachbarn und lokalen Behörden. Ihre Existenz und Haltung hält Rassist/innen ab, allzu laut ihre Einwände vorzubringen, vermittelt auch in die Nachbarschaft hinein. Schnell werden Kompetenzen aufgebaut, Erfahrungen gemacht, Praktiken geübt. Wenn dies alles aber nur lokal besteht, bleibt überschreitender Erfahrungsaustausch aus. Gute Erfahrungen bleiben lokal, Informationen von anderen Initiativen werden nicht aufgegriffen. Manchen Initiativen gelingt es, die lokalen Ressourcen gut zu verknüpfen und die eigenen Ideen zu verbreiten und andere aufzunehmen.

Eichstätt: Tun.Starhilfe

Die Stadt Eichstätt in Bayern geht mit Flüchtlingen achtsam um. Integrationsangebote werden jedoch auch in Eichstätt vor allem von Ehrenamtlichen vorangetrieben. Eine Vielfalt verschiedener Akteure macht Eichstätt dennoch zu einem beispielhaften Ort für die Unterstützung von Flüchtlingen. Wichtig dafür ist die Grundhaltung, Flüchtlinge als Neubürger/innen in vielseitige Angebote einzubeziehen. An allen Wohneinrichtungen für Flüchtlinge haben sich ehrenamtliche Helferkreise gebildet, um sie in Alltagsdingen zu unterstützen. Zahlreiche Wohlfahrtsverbände engagieren sich für Flüchtlinge und bieten Beratung, Kinderbetreuung und Hilfen. Sämtliche Eichstätter Vereine bieten Flüchtlingen kostenlos die Mitgliedschaft an. Das Engagement kommt also vor allem aus der Zivilgesellschaft.

Von zentraler Bedeutung für diese Arbeit ist der Verein tun.starhilfe. Er geht auf eine Initiative des Vereins Live for Life e.V. zurück und wird zugleich ganz wesentlich von Studierenden des Fachbereichs Soziale Arbeit der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt getragen. Das wäre so nicht vorstellbar ohne Rückendeckung der Uni. Die Hochschule ermuntert die Studierenden, sich in Praxismodulen und Projekten für Flüchtlinge zu engagieren, und vergibt dafür Credits – der Erwerb von Studienleistungen und die Unterstützung von Flüchtlingen geht hier Hand in Hand. Sommerschulen, Deutschkurse,

Feste und zahlreiche Beratungsangebote werden so konzipiert. Die Uni hat früh erkannt, dass eine Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements der Studierenden verstärkt werden kann – zugunsten von Flüchtlingen und der Ausbildung. Die Leute von tun.starthilfe lernen, sich selbst zu organisieren, reflektieren ihre Arbeit, bauen und ergänzen Konzepte und Handbücher und stellen ihre Arbeit auch über Eichstätt hinaus vor. Die Kombination von Ehrenamtlichen und Studierenden stellt eine engmaschige Unterstützung für Flüchtlinge bereit und wirkt weit in die Stadtgesellschaft hinein.

Sozial – oder politisch?

Initiativen sind nicht nur meist lokal, sondern im Kern auch sozial, nicht politisch im engen Sinne. Sie leisten Unterstützung für Flüchtlinge, bieten ihnen Andockstationen an die Gesellschaft und schaffen Verständnis für Flüchtlinge in der Nachbarschaft. Damit sind Initiativen – ganz gleich, wie unpolitisch sie ihrem Selbstverständnis nach agieren – in gewisser Weise eben doch politisch: Grundsätzlich wird erst einmal jeder Flüchtling bei der Integration unterstützt, egal, wie die Behörden über die Bleibeberechtigung entscheiden. Je länger ein Flüchtling dann vor Ort ist und je besser er sich eingelebt hat, desto deutlicher und vehementer wird auch das Bleibeinteresse von Initiativen geteilt und gegenüber den Behörden zur Geltung gebracht. Bei allem Engagement für „unsere“ Flüchtlinge im Dorf oder Viertel sind die Meinungen innerhalb von Initiativen, wie denn mit der Fluchtzuwanderung insgesamt umzugehen sei, so breit gefächert wie die politischen Selbstverortungen der Mitglieder. Der Einsatz für Flüchtlinge entfaltet so auch eine große integrative Dynamik in der Bevölkerung.

Das „Babenhausener Modell“: Menschen begegnen Menschen

Der Verein „Menschen begegnen Menschen“ unterstützt Flüchtlinge in der Verwaltungsgemeinschaft Babenhausen im Unterallgäu. Stadt und Umlandgemeinden haben zusammen etwa 11.000 Einwohner/innen. Von den circa 200 Asylsuchenden leben um die 70 in Babenhausen. Die Initiative ist seit fast zwei Jahren ein Verein, knapp 60 Mitglieder zählt sie in Stadt und Umland.

Die Standardunterbringung ist die sogenannte Beherbergung: Eigentümer/innen bieten eine Immobilie an und bekommen pro Flüchtling und Tag eine Pauschale von 12 bis 15 Euro. Genau wie auch der Landkreis haben sie ein Interesse an einer möglichst dichten Belegung und so sind drei oder vier Quadratmeter, manchmal sogar weniger, keine Seltenheit.

Die Initiative unterstützt Flüchtlinge durch Fahrten zu Ärzt/innen oder in Form von Begleitung bei Behördengängen, durch Kleiderausgabe, Hausaufgabenbetreuung und vieles mehr. Dabei hat die Gruppe zwei deutliche Schwerpunkte: den Sprachunterricht und die Vermittlung in Ausbildung und Arbeit. Deutsch wird in zahlreichen unterschiedlichen Modulen und Kursen angeboten. Allein sieben professionelle Lehrkräfte und acht weitere Mitglieder bieten Kurse auf verschiedenem Niveau an. Neben Deutsch wird vor allem auch Mathematik unterrichtet.

Adi Hösle, Künstler und tragende Säule des Vereins in Babenhausen, erklärt das Empowerment von Flüchtlingen zur zentralen Aufgabe. „Flüchtlinge werden bei uns nicht gepampert. Natürlich müssen sie auch motiviert werden, aber wir unterstützen und erwarten viel Eigeninitiative.“

Initiative braucht es vor allem bei der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt. Babenhausen liegt in einer Gegend, die geprägt ist durch kleine und mittelständische Unternehmen. Mit einigen dieser Unternehmen hat „Menschen begegnen Menschen“ einen Deal ausgehandelt: Sie bieten Flüchtlingen nun ein Schnupperpraktikum, dann eine bezahlte Praktikumsstelle, eine Ausbildung oder gleich eine Anstellung. Eine ganze Reihe von Flüchtlingen konnten so schon in Arbeit und Ausbildung vermittelt werden.

Unterlaufen wurde dieses erfolgreiche Modell durch einen Erlass des Bayerischen Innenministeriums: Ende März 2015 wurde verfügt, dass Flüchtlinge aus sogenannten „Sicheren Herkunftsstaaten“ weder Ausbildung noch Arbeit genehmigt bekommen. Die Babenhausener Initiative wurde zu einer der ersten in Bayern, die sich aktiv gegen diese Verbote zur Wehr setzte. Ein Protestbrief wurde entworfen, Unterschriften gesammelt, im Falle eines Senegalesen wurde eine Klage gegen das Arbeitsverbot eingereicht. Wie will man das Engagement nicht nur für, sondern auch von Flüchtlingen stärken, wenn der Staat sie entmündigt? Adi Hösle: „Durch die Unterbringung und Arbeitsverbote wird Eigeninitiative von Flüchtlingen kaputt gemacht, wir steuern dagegen, wo wir können.“

"Nur Essen austeilen alleine reicht nicht"

Die „Willkommensinitiativen“ müssen sich mit den politischen Hintergründen von Flucht und Migration befassen und mit den selbstorganisierten Refugee-Bewegungen zusammenarbeiten. Turgay Ulu und Bino Byansi Byakuleka im Gespräch mit Jan Ole Arps.

Turgay Ulu, 42, ist Journalist, Schriftsteller und Kommunist. Wegen seiner politischen Arbeit saß er 15 Jahre in der Türkei im Gefängnis, wo er auch gefoltert wurde. Nach seiner Freilassung im Jahr 2011 floh er über Griechenland nach Deutschland. Im Herbst 2012 war Turgay Ulu Mitorganisator des Marschs der Flüchtlinge von Würzburg nach Berlin, anschließend lebte er im Protestcamp auf dem Kreuzberger Oranienplatz und engagiert sich seither in den Berliner Refugee Protesten.

Bino Byansi Byakuleka, 36, wurde in Kabale, Uganda geboren. Der Textilkünstler hat Industrial Art and Design in Kampala studiert. Wegen seines Einsatzes für die Rechte von Homosexuellen wurde er in Uganda verfolgt, 2010 beantragte er Asyl in Deutschland. Er lebte fast zwei Jahre im Flüchtlingslager in Breitenburg bei Passau. 2012 stieg er in die Refugee Proteste ein und zog ebenfalls in das Protestcamp auf dem Oranienplatz. Heute lebt er in Berlin-Neukölln, 2015 erschien sein Buch „Mein Name ist Bino Byansi Byakuleka“.

Jan Ole Arps: Beginnen wir mit dem vergangenen Sommer. Hunderttausende Menschen sind über die Türkei nach Griechenland und weiter durch Serbien, Ungarn oder die Länder des Balkans nach Norden gezogen. Die europäischen Grenzen sind zeitweise zusammengebrochen. An den Bahnhöfen haben Menschen den Geflüchteten applaudiert, Wasser und Kleidung gespendet. "Refugees Welcome" war plötzlich konsensfähig, „Flüchtling“ wurde Wort des Jahres. Wie habt ihr diesen Sommer der „Willkommenskultur“ erlebt?

Turgay Ulu: Angesichts der vielen Menschen, die aus Syrien in die EU geflohen sind, haben Merkel und andere Politiker zunächst viele schöne Dinge gesagt. Viele Menschen haben Wasser und Brot verteilt. Aber das ging nur die ersten Wochen so. In Wahrheit ist es schlimmer geworden.

Was ist schlimmer geworden?

Turgay Ulu: Ich koche mit einer Gruppe in dem Lager auf dem Tempelhofer Feld. Die Leute dort bekommen pro Monat 109 Euro. Essen können sie nicht selbst kochen. Es gibt keine richtige Toilette, keine Dusche. Vor dem Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) in Berlin schlafen jede Nacht 80 oder 100 Menschen auf der Straße, auch jetzt im Winter. Die rassistischen Angriffe auf Geflüchtete und Unterkünfte haben zugenommen. Vor ein paar Jahren war die Solidarität größer. Bei unseren Demonstrationen 2012 oder 2013 sind hunderte, oft tausende Menschen mitgelaufen. Jetzt gibt es eine neue Atmosphäre, nicht nur in Deutschland. Politik und Medien haben die Flüchtlinge mit Terrorismus und Islamismus in Verbindung gebracht. Es gibt immer neue rassistische und kolonialistische Gesetze.

Bino Byansi Byakuleka: Es gibt keine „Willkommenskultur“. Das ist Deutschland-Propaganda. 2012 haben wir unseren Protest gegen das Lagersystem gestartet. Von offizieller Seite ist nicht eine Person auf uns zugekommen und hat gefragt: Warum protestiert ihr hier? Können wir vielleicht eine Lösung finden? Nichts dergleichen. Von was für einer „Willkommenskultur“ sprechen wir also? Die Leute, die sich an den Bahnhöfen versammelt haben, interessieren sich nicht für unseren Kampf und unseren Probleme. Je mehr Flüchtlinge kommen, umso mehr Initiativen können Fördermittel beantragen. Aber sie machen vor allem Propaganda.

Propaganda?

Bino Byansi Byakuleka: Als die Willkommenswelle startete, erklärte zum Beispiel die Humboldt Universität in Berlin: Wir öffnen unsere Hörsäle für Flüchtlinge. Refugees sind frei, unsere Kurse zu besuchen. Später hieß es dann: Ihr könnt euch für die Kurse registrieren, aber keine Scheine machen, ihr kriegt keine Leistungsnachweise. Eine große Ankündigung, nichts dahinter, reine Propaganda. Warum interessieren sich die Leute nicht für die Gründe von Flucht? Warum demonstrieren sie zum Beispiel nie gegen die Waffenproduktion? Deutschland produziert massenhaft Waffen. Habt ihr hier Krieg? Niemand fragt, wo diese Waffen eigentlich landen. Und was ist mit unserer Wirtschaft? In meinem Heimatland Uganda kann ein Kleinbauer seine Produkte nicht im Supermarkt verkaufen. Wegen „Qualitätsstandards“. Meinst du, die Leute in Uganda haben sich das ausgedacht? Wir können mit den sogenannten entwickelten Ländern und ihren Märkten nicht konkurrieren. Unsere Eltern haben kein Geld, um unsere Ausbildung zu finanzieren. Heute zwingen Mitgliedstaaten der EU unsere Länder, Freihandelsvereinbarungen zu unterzeichnen. Wer

profitiert davon? Sicher nicht die Menschen in Uganda oder Pakistan. Diese Abkommen sind im Interesse der Europäer. Die europäischen Kolonialmächte haben unseren Kontinent ausgeplündert. Dann haben sie ihn aufgeteilt und seinen Problemen überlassen. Das Morden und Töten in vielen Ländern ist eine Folge des europäischen Imperialismus und seiner Fortsetzung im Zuge der Globalisierung. Das sind die Zusammenhänge, die sich die sogenannten Helfer/innen vor Augen führen müssten.

Denkt ihr nicht, dass viele Leute, die sich in Willkommensinitiativen engagieren, sich menschlicher verhalten wollen als Politik und Pegida?

Turgay Ulu: Humanitäres Engagement ist wichtig. Aber es ist keine Lösung. Danach kommt die Abschiebung. Es muss etwas gegen Krieg unternommen werden, gegen Waffenexporte, gegen die Verschärfungen der Asylgesetze. Nur Essen austeilen alleine reicht nicht.

Was denkt ihr, sind die Motive der „Helfer“?

Bino Byansi Byakuleka: Es geht um Jobs. Und billige Arbeitskraft. Denn wir bringen nicht nur Jobs für die Helfer, sondern auch billige Arbeitskraft für die deutsche Wirtschaft. Warum sollten sie sich für unsere politischen Anliegen interessieren? Sie sind zufrieden damit, uns zu „helfen“. Sie wollen uns nicht als menschliche Wesen sehen, die die gleichen Rechte haben. Für mich ist die „Willkommenskultur“ eine Kultur der Diskriminierung. Ehrlich gesagt, manipulieren die Helfer die Flüchtlinge sogar, indem sie ihnen das Gefühl vermitteln, hier wäre alles okay, während Innenminister Thomas de Maizière erklärt, man müsse die Gesetze verschärfen und die „schlechten Flüchtlinge“ schnell wieder loswerden.

Turgay Ulu: Es sind nicht alle Initiativen und Unterstützer gleich. Manche wollen wirklich helfen, aber sie haben keine Perspektive. Ein anderer Teil besteht aus NGOs, die Geld vom Staat bekommen. Sie machen nur humanitäre Unterstützung und überschreiten nie die Grenze des Erlaubten.

Bino Byansi Byakuleka: Ich wäre froh, wenn diese Initiativen sich bei den Verantwortlichen für unsere Anliegen einsetzen. Sie haben das Privileg, zum Beispiel in den Bundestag zu gehen. Warum gehen sie nicht dorthin und sagen: „Draußen vor dem Lageso leiden die Leute, sie sind bei dieser Kälte in Lebensgefahr. Ihr findet keinen Platz für sie? Bringen wir sie in den Bundestag, hier gibt es Platz!“

Warum denkt ihr, tun sie das nicht?

Bino Byansi Byakuleka: Es gibt hier eine Kultur, die Probleme zu ignorieren. Die Menschen wollen sich selbst nicht als Teil des Problems sehen, als Teil der Ursache, weshalb Menschen hierher kommen. Deshalb leisten die Deutschen lieber humanitäre Hilfe. Das Leben innerhalb dieses Systems macht es einem einfacher, humanitäre Hilfe zu leisten, als sich der politischen Dimension des Problems zu stellen. Denn die Ursachen in den Blick zu nehmen, hieße, sich mit dem eigenen Leben in der Gesellschaft auseinanderzusetzen.

Was wäre eine politische Forderung, über die ihr gern sprechen würdet?

Bino Byansi Byakuleka: Die heutige Situation ist eine Folge des Kolonialismus. Damit sollten sich die Politiker beschäftigen. Das Leichteste wäre es doch, die Grenzen zu öffnen, so dass Leute kommen und gehen können, wie sie wollen – so wie ihr nach Belieben nach Afrika reisen könnt. Bleibt ihr denn dort? Nein, ihr geht wieder zurück. Es wäre andersrum genauso. Die Leute würden sich hier umsehen, vielleicht studieren, vielleicht versuchen, etwas Geld für ein Start-Up zusammenzukriegen. Dann gehen sie zurück. Die allermeisten wollen gar nicht bleiben. Die deutsche Bürokratie hält uns hier fest. Je mehr man die Bewegungsfreiheit einschränkt, desto eher werden die Leute versuchen, hier zu bleiben. Warum lässt Deutschland Flüchtlinge nicht einfach durchs Land reisen? Dann könnten sie, wenn sie in Passau keinen Job finden, weiter nach München, Berlin oder Kaiserslautern gehen. Oder nach Dänemark, Schweden, wohin auch immer.

Bewegungsfreiheit war schon eine der Kernforderungen der Refugee Proteste der letzten Jahre. Werden die aktuellen Entwicklungen eine neue Protestbewegung anstoßen?

Turgay Ulu: Es gibt keine Alternative dazu, dass Flüchtlinge selbst Widerstand organisieren. Auch die „Willkommensinitiativen“ müssen das wissen: Wenn es um Flüchtlinge geht, müssen Flüchtlinge selbst sprechen, Aktionen planen, sich organisieren. Es kann nicht nur eine Kampagne sein, die von Unterstützern organisiert wird. Kleidung, Wasser, Brot, das ist alles okay – aber wie lange? Die Leute, Flüchtlinge und Unterstützer, müssen für eine Änderung der Gesetze mobilisieren. Dass das möglich ist, hat die Refugee Bewegung gezeigt. Wir haben Verbesserungen bei der Residenzpflicht, bei den Essenspaketen erkämpft.

Die Refugee Proteste sind in der letzten Zeit kaum zu hören gewesen.

Turgay Ulu: Ja, wir sind gerade nicht sehr stark. Aber es gibt uns noch. Als wir damals den Marsch organisiert haben, haben wir jedes Lager besucht, an jede Tür geklopft. Sprache ist ein Problem, die Leute sind traumatisiert vom Krieg und von der Flucht, sie haben teilweise Angst, auf die Straße zu gehen. Aber sie müssen weitermachen. In Deutschland gibt es eine Million Flüchtlinge. Wir müssen für alle eine politische Lösung finden.

Wie könnten die Initiativen, die helfen wollen, sich sinnvoll einbringen?

Bino Byansi Byakuleka: All die Leute mit Dokortiteln, die Juristen, Ärzte, Lehrer und so weiter können ihre Position nutzen, um die Refugee Kämpfe zu unterstützen und Politiker unter Druck zu setzen.

Turgay Ulu: Wir müssen jetzt wieder an vielen Türen klingeln, aber nicht nur an denen von Flüchtlingen. Wir haben uns auch mit Initiativen gegen Zwangsräumungen und mit Studierendengruppen getroffen. Wir müssen mit anderen gesellschaftlichen Organisationen wieder eine große Bewegung organisieren.

Eine große Aufgabe.

Jetzt herrscht eine neue politische Stimmung in der EU. Bei vielen Wahlen in europäischen Ländern haben rechte Parteien gewonnen. Auch in Deutschland ist mit Pegida eine rassistische Massenbewegung entstanden. Sie machen Demonstrationen mit 25.000 Leuten. Das Argument ist immer die „Flüchtlingskrise“. Aber die Flüchtlinge sind nicht die Krise. Warum fliehen so viele Leute in die EU, obwohl sie das Risiko kennen, auf der Flucht zu sterben? Sie gehen das Risiko ein, weil bei ihnen Krieg herrscht. Hinzu kommt die ökonomische Krise in der EU. Weil die europäische Politik eine linke Lösung blockiert, kriegen die rassistischen Strömungen Auftrieb. So ist es immer in Krisen: Entweder es gibt eine linke Alternative oder Rassismus.

Wie nehmt ihr die Berichterstattung in den Medien wahr? Es gab ja eine Menge Artikel, die zum Beispiel die Situation vor dem Lageso skandalisiert haben, sogar in der B.Z. oder der Bild-Zeitung. Es gab arabische Ausgaben verschiedener Zeitungen et cetera. Was denkt ihr darüber?

Bino Byansi Byakuleka: Ich denke, die Fakten konnten dieses Jahr einfach nicht mehr unter den Teppich gekehrt werden. Aber diese Berichte sind die Ausnahme. Sieh dir die Berichterstattung über die Silvestervorfälle in Köln an.

Turgay Ulu: Auch viele Flüchtlingsfrauen – fast alle – haben sexistische Übergriffe erlebt, von der Polizei, von EU-Bürgern, asiatischen Männern, afrikanischen Männern, ganz egal. Viele sind vergewaltigt worden, auch von Polizisten. Welche Medien haben darüber berichtet? Die Aufregung jetzt gibt es nur, weil dieses Mal Flüchtlinge Täter waren.

Eine Schutznische für Geflüchtete

Das Kirchenasyl will Menschen schützen, denen eine Abschiebung in eine lebensbedrohliche oder menschenunwürdige Situation droht. Hadija Haruna-Oelker wirft einen Blick auf Hessen und Bayern.

Petros Habte ist fünf Jahre alt, als sein Vater in Eritrea ermordet wird. Seine Mutter flieht mit seinen Geschwistern nach Europa. Habte bleibt zurück. Er ist krank und wächst bei seiner Großmutter auf. Sie wird seine Bezugsperson, bis er mit 16 Jahren zum Militärdienst eingezogen werden soll. Offiziell ist dieser in Eritrea auf knapp zwei Jahre begrenzt, aber für die meisten dauert er ein Leben lang. Deshalb helfen Verwandte aus Europa Habte bei der Flucht.

Sein Weg führt ihn zunächst in den Sudan, wo er sich ein falsches Visum für Ungarn besorgt. Damit fliegt er in die Niederlande, kommt dort in Abschiebehaft und wird direkt nach Ungarn abgeschoben. Es ist keine leichte Zeit für den Jugendlichen. Nach acht Monaten muss er das Flüchtlingslager verlassen, schlägt sich auf der Straße durch und wird von einer Gruppe Rechter zusammengeschlagen. Deshalb beschließt Habte 2013 weiter zu fliehen – nach Deutschland. Inzwischen ist er 18 Jahre alt.

Nach mehreren Stationen landet Habte in Frankfurt und wohnt dort zunächst in einem Containerbau für Obdachlose. Ein Mann bringt ihn zum Wohnungsamt für Geflüchtete. Doch er darf als sogenannter Dublin-Fall eigentlich nicht in Deutschland bleiben. Er müsste zurückkehren in das Land, in dem er die EU zum ersten Mal betreten hat, das für ihn zuständig ist. Also Ungarn. Ein Land, das seit längerem für eine menschenunwürdige Behandlung von Geflüchteten in der Kritik steht. Aber Habte hat Glück.

Die Kirchengemeinde „Am Bügel“ in Frankfurt am Main nimmt ihn für sechs Monate im Kirchenasyl auf. Seine Abschiebung nach Ungarn wird verhindert, weil die sogenannte Rücküberstellung in der Regel genau in diesem Zeitraum erfolgen müsste. Erst dann können Schutzsuchende einen Aufnahmeantrag in Deutschland stellen. Habtes Freiheit endet also für die nächsten Monate am Gartenzaun der Gemeinde. Sein Kontakt nach außen ist die Gemeinde und der Helferkreis, der sich um ihn gebildet hat. „Es gab viele Menschen, die

mich damals besucht haben, um mit mir zu sprechen und zu erklären, wie Menschen in Deutschland leben“, sagt der heute 21-Jährige.

"Wer hier bleibt und wer geht, grenzt oft an Willkür"

Wer in einer Suchmaschine "Kirchenasyl in Hessen" eingibt, findet die Geschichten vieler Einzelschicksale wie dem von Petros Habte. „Die Abschiebung von Kalkidan und Fantayenesh war längst beschlossene Sache. In einer Frankfurter Pfarrei finden zwei äthiopische Flüchtlinge trotzdem Unterschlupf“, heißt es in einem Welt-Artikel aus dem Juni 2015. Zur gleichen Zeit berichtet die Nassauische Neue Presse über den zweiten Fall von Kirchenasyl im Dekanat Selters: „Nach Höhr-Grenzhausen bietet auch die Evangelische Kirchengemeinde Wirges einem syrischen Flüchtling Schutz.“ Die evangelische Gemeinde in Nied habe bereits im Februar einem Somalier Kirchenasyl gegeben, heißt es in der Frankfurter Neuen Presse: „Sie wollen damit zeigen, dass die europäischen Asylgesetze überarbeitet werden müssen. Denn die Entscheidung, wer hier bleibt und wer geht, grenzt oft an Willkür.“

„Das Kirchenasyl ist eine Möglichkeit, um Dublin-Abschiebungen zu verhindern“, sagt Hildegund Niebch von der Diakonie Hessen und ergänzt, "jedes Kirchenasyl ist eine auf den Einzelfall bezogene Entscheidung und wird von den Verantwortlichen in den Kirchengemeinden sorgfältig abgewogen. Sobald ein/e Geflüchtete/r aufgenommen wird, meldet die verantwortliche Kirchengemeinde dies den Behörden. Zwar gilt es nicht als rechtlicher Schutz, doch holt die Polizei nur selten Menschen aus einer Kirche heraus.“

20 Kirchenasyle sind laut Niebch aktuell über die beiden Landeskirchen Hessen Nassau und Kurhessen Waldeck für Hessen gemeldet: „Seit 2014 sind es durchschnittlich zwischen 15 bis 20 Fälle. Vorher waren es kaum welche. Zugespitzt hat sich das durch die deutliche Zunahme der Bedrohung durch die Dublin-Verordnung, die zur Folge hat, dass Geflüchtete innerhalb Europas dorthin zurückgeschickt werden, wo sie zum ersten Mal registriert wurden. Häufig sind das Länder wie Ungarn, Bulgarien oder Italien.“

So spiegelt das Kirchenasyl auch die Entwicklungen des Asylrechts der letzten Jahre wider. Ein Blick zurück in das Jahr 2013, als allein im Oktober hunderte Menschen bei Schiffsunglücken vor der italienischen Insel Lampedusa starben: Entsetzen, Trauer und Solidarität mit den Bootsflüchtlingen. Nach seinem Besuch auf der Insel rief der Papst seine

Gemeinden dazu auf, das Flüchtlingsthema nicht nur als ein politisches, sondern auch als ein theologisches zu begreifen. In Frankfurt am Main kam eine Gruppe von Geflüchteten aus Afrika an, die über Lampedusa nach Italien eingereist waren. Sie wurden gegen geltendes Recht aus Italien nach Deutschland geschickt. Wochenlang schliefen sie im Freien, bis ein Mitglied in seiner Kirchengemeinde vorsprach. Die reagierte sofort und überlies den Gestrandeten eine leerstehende Kirche im Frankfurter Bahnhofsviertel.

Wie weit darf die Kirche gehen?

„Wir für 22“ nannte sich der Unterstützerkreis, in dem sich ehrenamtliche Helfer um die Versorgung kümmerten und Freundschaften mit den Geflüchteten schlossen. „Flüchtlinge innerhalb Europas sind durch Dublin an ihr Erstaufnahmeland gebunden. Durch die Wirtschaftskrise, die gerade Länder im Süden Europas besonders hart getroffen hat, wurde jedoch vielen, die dort einen Schutzstatus haben, die Existenzgrundlage entzogen“, sagt Ulrich Schaffert, Pfarrer und stellvertretender Vorsitzender des Hessischen Flüchtlingsrates. Dies, sowie Rassismuserfahrungen in manchen dieser Länder, hätten dazu geführt, dass Menschen weiter geflüchtet sind. „Dublin konnte nicht funktionieren, da die Standards innerhalb Europas zu unterschiedlich waren“, kritisiert Schaffert.

Wie weit darf die Kirche gehen? In Bayern eskalierte die Situation im Februar 2014, als erstmals seit 18 Jahren das Kirchenasyl missachtet wurde und es zu einer Räumung in einer Augsburger Pfarrei kam, die einer 38-jährigen Frau aus Tschetschenien und ihren vier Kindern Zuflucht gewährt hatte. „Das war ein großer Skandal und wir hatten keine andere Wahl, als die Presse über das damals an unserer Pfarrei laufende Kirchenasyl zu informieren, weil wir Sicherheit über die Öffentlichkeit gewinnen wollten“, berichtet Jesuit Dieter Müller und Mitarbeiter des Jesuiten-Flüchtlingsdienst der Süddeutschen Zeitung.

Eine von Müllers Hauptaufgaben ist es, Kirchenasyle zu vermitteln und Gemeinden zu beraten. Meist sei es ein Unterstützerkreis der Geflüchteten, der sich auf der Suche nach einem Kirchenasyl an ihn wende. Wenn dann alle Informationen über Herkunftsland, Zielland und Fristen vorlägen, könnten Gemeinden oder Klöster angefragt werden. Grundsätzlich gelte die Regel: Kein Kirchenasyl ohne Anwalt – mit dem Ziel, ein faires Verfahren zu ermöglichen. „Die Meldung des Kirchenasyls und die weitere Kommunikation mit den Behörden sowie in einzelnen Fällen auch mit dem zuständigen Verwaltungsgericht ist in

professionellen Händen besser aufgehoben als in denen einer Pfarrgemeinde. Finanziert werden die Anwälte bei Bedarf von uns“, so Müller.

Und sie müssten bei der Auswahl von Geflüchteten, egal welcher Religion sie angehören, die Fälle mit einer hohen Anerkennungschance auswählen. Menschen aus so genannten sicheren Herkunftsländern zählten beispielsweise nicht dazu. „Wenn das Asylverfahren in Deutschland absehbar mit einer Ablehnung endet, macht es wenig Sinn, die Betroffenen vorher ins Kirchenasyl zu nehmen. Ein Eritreer etwa hat gute Chancen, in Deutschland als Flüchtling anerkannt zu werden; ein Senegalese nur äußerst geringe. Bei einer begrenzten Zahl von Kirchenasylplätzen würden wir also dem Eritreer den Vorzug geben“, sagt Müller. So würden die Signale aus der Politik, was beispielsweise vermeintlich sichere Herkunftsstaaten angehe, auch Einfluss auf die Entscheidungen für die Aufnahme in ein Kirchenasyl nehmen.

„Das Kirchenasyl funktioniert, weil es ein Nischendasein hat“

„Bleiberecht für alle“, forderten deshalb zweihundert Menschen bei einer Demonstration im Frühjahr 2014 in Frankfurt am Main. Auch die Flüchtlinge aus der Gutleut-Kirche im Bahnhofsviertel waren unter den Demonstranten. Unterstützer/innen wie der „noborder Frankfurt“-Gruppe ist es wichtig, dass die Geflüchteten eine eigene Stimme bekommen. In der Vergangenheit haben sie immer wieder mit den Kirchen zusammengearbeitet. „Das Kirchenasyl funktioniert, weil es ein Nischendasein hat“, sagt Paul Neumann*. „Bisher haben wir nur positive Erfahrungen gemacht, weil dort zwischen den Menschen auch viele persönliche Bindungen entstanden sind.“

In Zusammenarbeit mit der Geflüchteteninitiative „Refugees for Change“ und verschiedenen Aktionsbündnissen gegen Abschiebung, der Ökumenischen Arbeitsgemeinschaft "Asyl in der Kirche" und den Pfarrer/innen Sabine Fröhlich und Ulrich Schaffert hatte die Gruppe 2014 in einem offenen Brief eine Umkehr in der europäischen Flüchtlingspolitik gefordert und die hessischen Kirchengemeinden dazu aufgerufen, sich stärker mit den Möglichkeiten des Kirchenasyls zu befassen, um mehr Schutzräume zu schaffen, da sich auch ein halbes Jahr nach dem Unglück von Lampedusa wenig verändert habe.

„Immer noch sterben Hunderte von Menschen an den Außengrenzen der Europäischen Union. Die umstrittenen Dublin-Verordnungen machen darüber hinaus diejenigen, denen die

gefährliche Flucht gelingt, zu rechtlosen Spielbällen zwischen den europäischen Staaten. Auch in Hessen ist ein Großteil der Asylsuchenden von dieser Regelung betroffen“, hieß es in dem offenen Brief.

Ein halbes Jahr später, im Januar 2015, folgte Kritik an den Kirchen und den Unterstützern. Innenminister Thomas de Maizière monierte eine zu hohe Zahl an Kirchenasylan – zu diesem Zeitpunkt waren es etwas mehr als 350 in Deutschland – und verurteilte sie als rechtswidrig. „Als Verfassungsminister lehne ich das Kirchenasyl prinzipiell und fundamental ab“, zitierte ihn der Spiegel. De Maizière warnte vor einem Missbrauch und zog einen Vergleich mit der Scharia, indem er erklärte, dass auch Muslime nicht argumentieren dürften, dass für sie die Scharia über deutschen Gesetzen stehe. Der Streit wurde über einen Kompromiss zwischen den Kirchen und dem Bundesamt für Migration gelöst, die sich darauf einigten, dass die Kirchenvertreter die Möglichkeit bekommen sollten, ihre Fälle von Kirchenasyl noch einmal gesondert vom BAMF überprüfen zu lassen.

Neue Herausforderungen für die Kirchen

„Die Situation hat sich inzwischen entspannt. Wir konnten bei den meisten unserer Fälle deutlich machen, dass es sich um Härtefälle handelt, und das BAMF hat nach der Zweitprüfung eine Fehlbeurteilung eingeräumt und den Menschen Asyl gewährt“, sagt Niebch. Das habe die Kirchen in ihrer Argumentation bestätigt und vor allem die Ausweitung der Überstellung auf 18 Monate anstatt sechs Monate abgewendet, mit der de Maizière den Kirchen gedroht hatte.

„Das Verfahren wird jetzt weiter geführt und in manchen Fällen hat das BAMF auch schon vorher eingelenkt und dann konnte die Person schon vorher aus dem Kirchenasyl entlassen werden“, so Niebch weiter. In ihrer „Handreichung zu aktuellen Fragen des Kirchenasyls“ schreibt die Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz, dass das Kirchenasyl nur die letzte Möglichkeit zur Verhinderung drohender Menschenrechtsverletzungen sein könne. „In der Summe der vielen Einzelfälle, die wir vorliegen haben, lässt sich jedoch symbolisch etwas ausdrücken, was sich letztlich gegen die Dublin-Verordnung und gegen die extrem unterschiedlichen Asylstandards innerhalb der Europäischen Union richtet“, sagt Müller.

Und Pfarrer Schaffert stellt fest, dass die Aufmerksamkeit für den Protest der Gemeinde um die Lampedusa-Flüchtlinge vor drei Jahren heute nicht mehr möglich wäre. Aktuell sind die Kirchen mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Mit der wachsenden Zahl der Geflüchteten haben Gemeinden und Klöster vermehrt ihre freien Räume den Behörden als Unterkunft zur Verfügung gestellt. „Damit kommen sie als Kirchenasyl nicht mehr in Frage. Unter einem Dach kann schlecht eine reguläre Unterbringung und gleichzeitig eine Unterbringung im rechtlichen Graubereich organisiert werden“, sagt Müller.

Ein komplexe Gemengelage, die für die Unterstützer von Project Shelter aus Frankfurt deutlich macht: „dass viele Schicksale von Geflüchteten gerade hinten runter fallen, weil zwischen Syrern und innereuropäischer Migration nicht unterschieden wird und es eine Ungleichbehandlung zwischen Neuankömmlingen und denen gibt, die in einem anderen europäischen Land erstregistriert wurden – zum Beispiel die Geflüchteten aus der Gutleutkirche“, sagt Lukas Bernhardt**.

Und genau dieser Gruppe gelte ihre Unterstützung. „Wir versuchen ein Bindeglied zu den Institutionen zu sein und die Bedürfnisse zwischen dem Wunsch nach Schlafplätzen und politischem Anspruch zu bündeln. Im Gegensatz zu 2014 ist da jetzt ein großer Mischmasch in der Debatte um Geflüchtete entstanden, der es schwierig macht, Forderungen zu formulieren, zumal die Stimmung auch aufgeheizt ist wie nie“, sagt Bernhardt. Auch Neumann von noborder stellt fest, dass die aktuelle Arbeit schwieriger geworden sei.

„Die Intensität und massive Zunahme der Anschläge auf Unterkünfte und Geflüchtete hat eine neue, erschreckende Qualität. Wenn mir das jemand vor zwei Jahren erzählt hätte, hätte ich das nicht geglaubt.“

* Wird auf Wunsch anonymisiert, weil niemand aus der Gruppe besonders hervortreten will.

** Möchte seinen Klarnamen nicht nennen.

Refugees Welcome: Vom antirassistischen Slogan zum Sommermärchen

Am Beispiel Hamburgs zeigt sich Wollen und Können zivilen Ungehorsams und die Auflösung der Grenzen zwischen humanitärem und politischem Engagement.

von Christoph Twickel

Hamburg, am 1. Mai 2014. Das übliche krawallige Hin und Her zwischen Autonomen und Polizei bindet für ein paar Stunden die Aufmerksamkeit der örtlichen Einsatzkräfte. Den Windschatten der Straßenkämpfe im Karolinenviertel nutzen ein paar hundert Demonstrant/innen für eine temporäre Besetzung. Sie öffnen die Räume einer ehemaligen Schule und erklären sie zum „Refugee Welcome Center“.

Am Eingang stehen Aktivist/innen und verteilen Blumen und Flugblätter. Der Tag der Arbeit müsse in diesem Jahr zum „Tag der Arbeit an der Willkommenskultur“ werden, heißt es darauf. „Mit der demonstrativen Einweihung des Welcome Centers hier und heute wollen wir unseren Respekt, unsere Solidarität und Unterstützung erneut praktisch und konkret zeigen: Willkommen in Hamburg! Ihr seid hier zu Hause. Ihr bleibt in dieser Stadt. Dafür sorgen wir. Gemeinsam. Basta.“

„Ihr“ – die Angesprochenen – sind die Mitglieder der sogenannten Lampedusa-Gruppe: Etwa 300 Männer und eine Handvoll Frauen, die meisten von ihnen ursprünglich aus westafrikanischen Ländern, strandeten im Winter 2012/2013 in Hamburg. Sie waren nur ein kleiner Teil der zehntausenden Flüchtlinge aus Afrika, die als Arbeitsmigrant/innen in Libyen gelebt hatten und 2011 vor dem Krieg geflüchtet waren – zum Teil von Gaddafis Militär dazu gezwungen. Nach zwei Jahren in italienischen Camps hatten die Behörden sie mit EU-Reisepapieren ausgestattet und in Richtung Norden geschickt, um sie loszuwerden. In Hamburg gelandet, begannen sich die Lampedusa-Refugees zu sammeln, stellten ein Protestzelt am Hauptbahnhof auf und organisierten Demonstrationen.

Das Hamburger "Lampedusa-Phänomen"

Hamburg war kein Einzelfall. Auch in anderen Städten organisierten sich Refugees: In Wien besetzten Asylbewerber ebenfalls im Winter 2012/2013 die Votivkirche, in München traten 2014 rund 50 Geflüchtete in einen Hungerstreik, in Berlin hielten Asylbewerber und Lampedusa-Flüchtlinge von September 2012 bis April 2014 den Oranienplatz besetzt – und das sind nur die prominentesten Beispiele. Die Forderungen ähneln sich: Immer geht es um die Anerkennung des Refugee-Status, um Asyl, Bleiberecht, Arbeitserlaubnisse, unwürdige Bedingungen in den Lagern und um die sogenannte Residenzpflicht.

In Hamburg erreichten die Proteste im Sommer und Herbst 2013 eine breite Öffentlichkeit über die linke antirassistische Szene hinaus. Die Bilder der afrikanischen Männer, die in einer Kirche auf St. Pauli Zuflucht gefunden hatten, um nicht im Freien übernachten zu müssen, lösten eine große Solidaritätswelle aus. Die repressive Haltung des Hamburger Senats – Polizeikontrollen und Abschiebedrohungen – ließ die lokale SPD als hartherzig dastehen. Auf einer Demonstration im November 2013 unterstützten rund 15.000 Menschen die Forderungen der Gruppe der Geflüchteten nach einem Bleiberecht. Kirchenleute, Gewerkschafter/innen, Nachbarinnen und Nachbarn – alle möglichen Menschen schlossen sich dem Slogan „We are here to stay“ an.

Das Hamburger Lampedusa-Phänomen war in gewisser Weise Vorbote und Fanal jener Willkommenskultur, die sich mit der Flüchtlingskrise im Sommer 2015 in Deutschland einstellen sollte. Mit den Lampedusa-Refugees löste sich zum ersten Mal eine Gruppe von Menschen aus der abstrakten Menge der Geflüchteten. Plötzlich hatten die "Boat-People", deren lebensgefährliche Flucht und deren massenhaftes Sterben im Mittelmeer täglich in der Tagesschau zu sehen war, Gesichter und Namen. Plötzlich waren sie Nachbarn und stellten nachvollziehbare Forderungen.

Das „Refugee Welcome Center“ soll den Protesten neues Leben einhauchen

Trotz der breiten Solidarität war ihr Protest im Kern getragen von einer linken Szene, die die Lampedusa-Refugees darin bestärkte, grundsätzliche Forderungen zu stellen. Die Aktivistinnen und Aktivisten sahen im Kampf der Lampedusa-Gruppe ein Exempel gegen die

inhumanen Standards der EU-Grenzregimes, den es zu gewinnen galt – einen „grundlegenden Kurswechsel in der Flüchtlingspolitik“, wie es die Hamburger Linken-Abgeordnete Christiane Schneider formulierte.

Die Hamburger SPD sah in den Forderungen der Gruppe ebenfalls eine Prinzipienfrage – und bestand darauf, dass es keine Sonderregelungen wie etwa eine Gruppenlösung geben könne, die einen Präzedenzfall geschaffen hätte. Verhandlungen und Angebote unterhalb der Gruppenanerkennung gab es zwar und viele der Lampedusa-Flüchtlinge sind aus pragmatischen Gründen inzwischen auch darauf eingeschwenkt. Doch eine grundsätzliche Lösung verweigerte der Hamburger Senat – und nahm dem Protest damit schließlich auch die Dynamik.

Die Besetzung der leerstehenden Schule, ihre Umwidmung zum „Refugee Welcome Center“ war der Versuch, nach anderthalb Jahren Lampedusa-Kampf das Ruder noch einmal herumzureißen und das erlahmende Interesse der Öffentlichkeit erneut zu mobilisieren. Für ein paar euphorisch-unsichere Stunden probierten die Besetzerinnen und Besetzer aus, wie es wäre, an einem zentralen Ort der Stadt ein Gebäude zu haben, in dem Refugee-Organisationen ihre Belange selbstverwaltet gestalten. Am späten Nachmittag zog die Polizei auf und drohte mit der Räumung des Gebäudes. Nach einer kurzen Diskussion entschlossen sich die Besetzerinnen und Besetzer, die leerstehende Schule wieder zu verlassen. Um eine Wiederbesetzung zu verhindern, bewachte die Polizei das Gebäude in den folgenden Wochen rund um die Uhr.

Staatlichkeit und Zivilgesellschaft neu denken

Die Ironie der Geschichte: Ein Jahr später hatte sich die Situation vollkommen gedreht. Die sogenannte Dublin Regelung, derzufolge die EU-Länder für den Asylantrag zuständig sind, in denen Refugees erstmals europäischen Boden betreten, war erodiert. Täglich kamen in deutschen Großstädten hunderte, manchmal tausende Menschen aus Syrien, Afghanistan, Irak, Iran, Eritrea, Somalia und anderen Ländern an. In Hamburg bot der zuständige Bezirksbürgermeister einer Initiative an - in eben der leerstehenden Schule, deren Besetzung die Polizei im Mai 2014 verhindert hatte, ein „Refugee Welcome Center“ einzurichten.

Bisher ist es dazu nicht gekommen – doch das Angebot des Bürgermeisters ist kennzeichnend für das neue und komplizierte Verhältnis zwischen Staatlichkeit und Zivilgesellschaft. In allen deutschen Städten waren die Behörden nunmehr angewiesen auf die praktische, zivilgesellschaftlich organisierte Willkommenskultur. Und tatsächlich platzten die Veranstaltungen, bei denen die Unterstützung für Refugees organisiert wurde, aus allen Nähten. Vor dem Migrationssommer 2015 kam Hilfe entweder aus eher humanitär orientierten kirchlichen Kreisen oder dezidiert linken, antirassistischen Zusammenschlüssen, nunmehr wurde sie ein Massenphänomen. Als im Karolinenviertel notfallartig 1200 Refugees in einer Messehalle untergebracht wurden, riefen Aktivistinnen und Aktivisten zu „Stadtteilversammlungen“, zu denen über tausend Menschen kamen.

Ein Netzwerk namens „Refugee Welcome Karo Viertel“ (RWKaro) bildete sich, das Übersetzungen, Deutschunterricht, Ausflüge, medizinische Hilfe, Begleitung organisierte. Jeden Samstag fand ein gemeinsames Grillen mit den Refugees vor den Messehallen statt, aus einer Facebook-Gruppe namens „Herzliche Haarschneider“ entstand ein Open-Air-Friseur-Happening. Und vieles mehr.

Die politische Gemengelage dieser neuen Willkommenskultur im Sommer und Herbst 2015 war komplex, die Motive, mitzumachen, vielfältig. Im Falle von Refugee Welcome Karo Viertel brachten viele erfahrene Refugee- und Recht auf Stadt-Aktivistinnen und Aktivisten ihre Skills ein und gaben daher auch grob die Richtung vor. Will heißen: Sie bestanden zum einen darauf, dass die Refugees nicht nur als Objekt der Hilfe, sondern auch als politische Subjekte auftauchen, sprich: in den Versammlungen zu Wort kommen und in der Organisation teilhaben können. Zum anderen verknüpften sie die Unterstützung für Refugees mit Kritik an Behörden und Politik. Mit dem zivilgesellschaftlichen Engagement wollte man nicht einfach das Handeln der Behörden und der von ihnen beauftragten Träger, im Falle Hamburg vor allem das städtische Unternehmen Fördern & Wohnen (f&w), ergänzen und kompensieren, sondern erhob einen Anspruch auf einen anderen Umgang mit Geflüchteten.

„Unsere Kritik am Vorgehen der Behörden bleibt“, heißt es in einer Pressemitteilung vom September 2015, die die „Massenverschiebungen“ von Menschen aus Erstaufnahmeeinrichtungen in andere Unterbringungen kritisiert. „Es ist nicht im Ansatz erkennbar, dass die Stadt Hamburg ihre Politik gegenüber den Geflüchteten ändert. Wir werden deshalb weiterhin genau beobachten, wie die Innenbehörde als Auftraggeberin von Fördern & Wohnen mit den Geflüchteten umgeht.“

Hilfe für Refugees ist immer politisch

Die von den Aufgaben überforderten Behörden und Träger ließen die Welcome-Initiativen zum Teil gewähren, begegneten ihnen allerdings auch mit Vorbehalten. Insbesondere in der für die Erstaufnahme zuständigen Hamburger Innenbehörde befürchtete man, dass die Hilfsangebote auch Mittel zur politischen Radikalisierung von Refugees sein könnten. Und Träger wie Fördern und Wohnen argumentierten, dass sie in der rechtlichen Fürsorgepflicht stehen, den Zugang zu Geflüchteten zu regulieren. So mussten etwa Ehrenamtliche für den Umgang mit Kindern polizeiliche Führungszeugnisse beibringen, oder f&w untersagte die Verteilung von Spielzeug oder Kinderwagen, weil nicht für alle Refugees ausreichend Material vorhanden war.

Während die Lagerhaltung den Refugees mit deutscher Gründlichkeit ihren Status aufdrückt – kaum Privatsphäre, Abhängigkeit von Behörden, Arbeitsverbot, eingeschränkte Mobilität, segregierte Unterbringung – sorgen die Refugee-Welcome-Initiativen mit Publikumsverkehr, Ausflügen, Anbindung an Vereine, Initiativen und stadtpolitische Projekte, mit Deutschunterricht, Festen und durch Freundschaften für Rückzugsmöglichkeiten und Austausch, für Teilhabe an Stadt und Gesellschaft. So unterläuft eine Informalisierung im Umgang mit Asylbewerbern tendenziell immer die Beschränkungen, die ihnen laut rechtlichem Status aufgedrückt sind. Das ist immer die politische Dimension von Refugee-Aktivismus beziehungsweise -Ehrenamt. Die vielfältigen zivilgesellschaftlichen Strukturen, die sich 2015 spontan gebildet haben, konnten tatsächlich – zumindest in der Bundesrepublik – Aspekte des EU-Grenzregimes unterlaufen.

Die Arbeit etwa von hunderten von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die am Hamburger Hauptbahnhof ankommende Refugees empfangen, beraten und beherbergt und ihnen damit die Durchreise nach Skandinavien erleichtert haben, hätte de jure als Fluchthilfe unterbunden werden müssen. Stattdessen schauten die Behörden weg – und ließen damit zu, dass ein zentrales Prinzip im EU-Asylrecht per zivilgesellschaftlicher Selbstermächtigung systematisch verletzt wurde. Ähnliches war im Falle der Lampedusa-Refugees 2013/14 geschehen: Durch die Hartnäckigkeit der Proteste ließ die Innenbehörde vorerst davon ab, die afrikanischen Refugees zu verfolgen und abzuschieben.

Fließende Übergänge zwischen Ehrenamt und politischem Aktivismus

Tatsächlich schieden sich im Sommer 2015 in den Hamburger Zusammenschlüssen vielfach die Geister an der Frage, ob man sich als politische oder humanitäre Initiative versteht. Ein Beispiel ist die sogenannte Kleiderkammer in den Messehallen Karo viertel – das prominenteste und wohl auch erfolgreichste Projekt, das im Umfeld von „Refugee Welcome Karo viertel“ entstand: In einer Messehalle bauten Ehrenamtliche in wenigen Tagen eine riesige Kleiderannahme- und Verteilerstelle auf, die im Sommer und Herbst nicht nur zum populärsten Phänomen der neuen Willkommenskultur wurde – zeitweilig gab es tagelang einen Annahmestopp, weil man der Spendenflut nicht Herr wurde – sondern tatsächlich weitgehend die Kleiderversorgung in Hamburg übernahm (und später auch über die Stadt hinaus).

Im Unterschied zu RWKaro verstehen die Initiatoren der Kleiderkammer die Initiative zwar politisch, aber nicht als dezidiert linkes Projekt. „Wir handeln aus menschlicher Überzeugung – und natürlich ist das eine politische Aussage in Richtung einer offenen Willkommenskultur“, erklärt Simone Herrmann, Mitgründerin der Kleiderkammer. „Aber wir treten nicht politisch auf, wir definieren uns mehr über das Handeln.“ Einige Wochen nach Gründung von RWKaro stieg die Kleiderkammer aus dem Zusammenschluss aus und gab sich als Verein mit lokalpatriotischem Namen („Hanseatic Help“) ein seriöses Outfit. Herrmann betont, dass die Zusammenarbeit zwischen Behörden und Mäzenen besser funktioniere, wenn man sich nicht als politisches Projekt, sondern als professionell strukturierte, verbindliche Hilfsorganisation präsentiere.

Einerseits war Willkommenskultur im Sommer 2015 in dieser Breite nur möglich, weil die Bewegung spontan war und politisch überwiegend anspruchslos. „Einfach machen“ lautete das populäre Motto der Kleiderkammer, große Tageszeitungen und Radiosender riefen zu Sammelaktionen auf – jeder konnte mitmachen, niemand musste Fragen beantworten, wie sie sich politische Initiativen sonst stellen. Andererseits hat es immer eine politische Dimension, wenn die Zivilgesellschaft informell in behördliche Abläufe interveniert.

Es kann – siehe oben – Fakten schaffen und staatliches Handeln modifizieren. Und selbst die politische Selbstbeschränkung derjenigen, die sich vor allem als Ehrenamtler/innen verstehen und auf jeden Konflikt mit staatlichen Stellen verzichten, ist ein politischer Akt.

Ohnehin sind die Grenzen zwischen Ehrenamt und politischem Aktivismus fließend. Menschen, die sich selbst als politisch inaktiv und als rein humanitär motiviert betrachteten, empörten sich angesichts der Zustände in den zu Notlagern umfunktionierten Baumärkten oder Lagerhallen auf eine Weise, die ihnen Hausverbot durch die Betreiber einbrachte. Umgekehrt agierten dezidiert politische Aktivistinnen und Aktivisten wochen- und monatelang in akuten Notsituationen rein praktisch orientiert. Tatsächlich ist in der Hilfe für Geflüchtete wohl niemand nur Aktivist/in oder nur Ehrenamtler/in – und eben dies zeigte sich im Refugees-Welcome-Sommer in vielfältiger Weise.

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung
Schumannstraße 8
10117 Berlin, D

Redaktion: Carolin Wiedemann
Sarah Schwahn

V.i.S.d.P.: Mekonnen Mesghena

Erscheinungsort: <https://heimatkunde.boell.de/>

Erscheinungsdatum: März 2016

Das gesamte Dossier und die einzelnen Beiträge stehen unter einer Creative Commons Lizenz. (CC BY-NC-ND). Sie dürfen verbreitet, vervielfältigt oder öffentlich zugänglich gemacht werden unter folgenden Bedingungen:

- **Namensnennung** – Sie müssen den Namen des Autors/ der Autorin und des Rechteinhabers (Heinrich-Böll-Stiftung) sowie die URL des Werks (Direktlink) nennen.
- **Keine kommerzielle Nutzung** - Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.
- **Keine Bearbeitung** - Dieses Werk darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.

Abweichungen von diesen Bedingungen bedürfen der Genehmigung des Rechteinhabers: internetredaktion@boell.de
ausführlicher Lizenzvertrag unter: <http://creativecommons.org>